

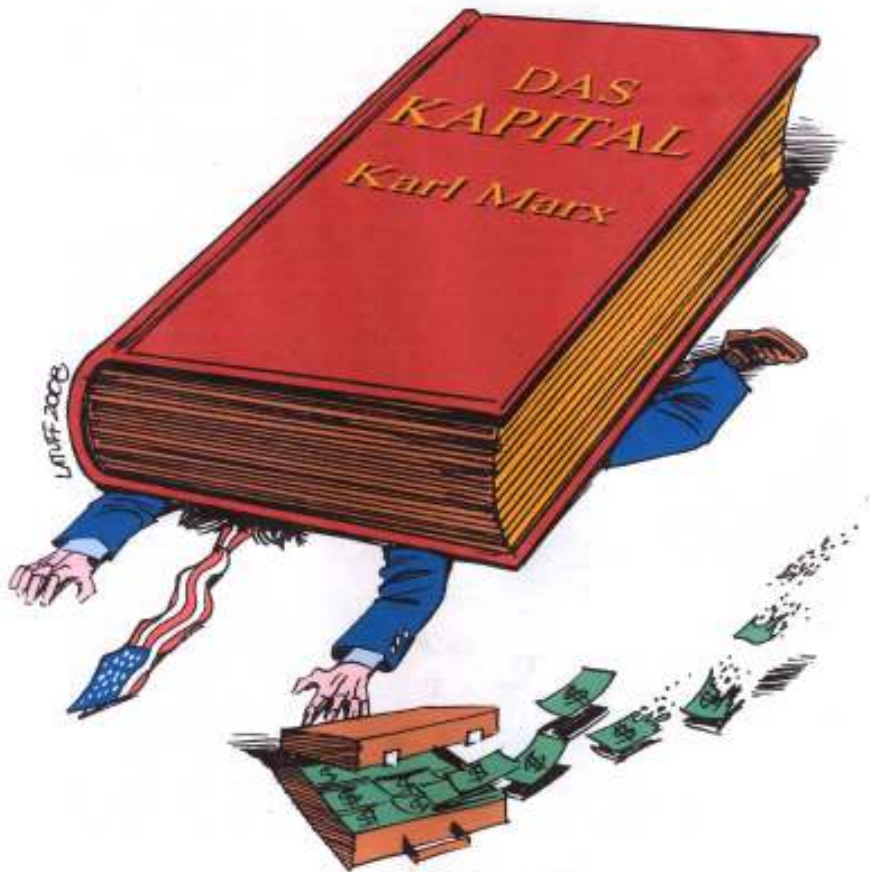
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

ROTER
STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
45. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.2/2011 1,-- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

AUCH KOMMUNISTEN BRAUCHEN DAS KAPITAL !



Aus dem Inhalt:

Zur Lohnentwicklung.....	2	Von Klimagipfel zu Klimagipfel.....	18
Mehr als 7 Mio "Leistungsbezieher".....	3	Renten-"Reform".....	21
Stuttgart 21: Bahn verscheißt Kosten.....	4	"Rettungspakete"/Mauverbau.....	22
Bochum: Druck auf die Opel-Kollegen.....	5	Erklärung von Revolusjon (Norwegen).....	23
Auftrag von atomhaftpflicht.de.....	8	Der Kreuzritter ist kein Irrer.....	25
Kritik an der MLPD nimmt zu.....	9	Grußbotschaft an die KAP Tunesiens.....	28
"Eine Znsur findet nicht statt".....	14	Einladung zum Seminar von AZ.....	32
Zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.....	16		

Lohnentwicklung in der BRD: Gehälter sinken im Aufschwung

Die Löhne von Geringverdienern sind seit der Jahrtausendwende rapide gesunken. Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen hatten im vorigen Jahr 16 bis 22 Prozent weniger in der Tasche als im Jahr 2000. Auch Menschen mit mittlerem Gehalt mussten deutliche Einbußen hinnehmen.

Bei Besserverdienenden sind die realen Nettoeinkommen dagegen minimal gestiegen. Das zeigen bisher unveröffentlichte Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW).

Hartz-Reformen haben Schuld an niedrigen Löhnen

Die realen Nettogehälter sind zwischen 2000 und 2010 im Durchschnitt um 2,5 Prozent gesunken. Die Politik hat die Ausweitung des Niedriglohnsektors mit den Hartz-Reformen massiv unterstützt: Leiharbeit wurde erleichtert und Minijobs gefördert. Begründung: Dadurch könnten mehr Arbeitslose einen Job finden. Ein simpler Rechenrick nach dem Motto: lasse sich einen Arbeitenden und einen Arbeitslosen einen Arbeitsplatz teilen - und schon hast Du zwei Arbeitende und keinen Arbeitslosen mehr... Tatsächlich jedoch gibt es nun zwei Halb-Arbeitslose - auch der Lohn zeigt das deutlich. Der zunehmenden Lohnspreizung könnte man durch einen Mindestlohn entgegenwirken, es gibt Möglichkeiten, die Löhne zu stabilisieren. Doch die Politik interessiert sich nicht dafür.

Hohes Lohngefälle zwischen Ost und West: Bis zu 33 Prozent weniger Lohn für Ostdeutsche

Unter Berufung auf die Online-Gehaltsumfrage von Lohnspiegel.de der Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) berichten die Medien über die aktuellen Lohngefälle zwischen West- und Ostdeutschland.

Auch noch 21 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es nach Medienangaben weiterhin ein starkes Lohngefälle zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland. Demnach beträgt der Gehaltsunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland in einigen Berufen 33 Prozent.

Durchschnittlich werden im Osten um 17 Prozent niedrigere Löhne gezahlt als im Westen

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

Kontakt zur Partei, zu Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

Eigendruck im Selbstverlag

Abonnement

ROTER STERN

Entsprechend den derzeitigen Möglichkeiten ist die Redaktion bemüht, jährlich 3-4 Ausgaben herauszubringen. Wer ROTER STERN abonnieren möchte, kann das tun:

Bitte, überweist den

Preis für **6 Ausgaben 10,- € incl. Porto** in Form von Bargeld an das

PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg

oder auf das Konto

Commerzbank Marl, K-Nr. 613145200

BLZ 360 400 39

Kennwort GEWISO

Juni 2011: 7.159.953 Leistungsbezieher

Wie üblich werden zu Monatsbeginn die offiziellen Arbeitslosenzahlen verkündet. In dem Geschacher um die "Griechenlandrettung" trat die Verkündigung der Arbeitslosendaten in den Medien etwas in den Hintergrund.

RANDZONE ONLINE hat die offiziellen Daten unter die Lupe genommen.

"Der "boomende" Arbeitsmarkt, auf den Leyen, Weise und Co. so gern verweisen, schafft sicher auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, doch daß er hauptsächlich deshalb "boomed", weil mehr als 7,5 Millionen sogenannte Mini-Jobs entstanden sind und rund eine Million Menschen als Zeitarbeiter gleich von zwei Parasiten ausgebeutet werden, das beweist die Zahl der "Aufstocker" und die Zahl der auf staatliche Leistung Angewiesenen. Sie können von ihrer Arbeit nicht leben, weil der Lohn dafür zu gering ist." (Das gilt auch für viele Renten - RS-Red.)

Wie gehabt verkündet die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Fortsetzung der "guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch im Juni". Die Zahl der arbeitslosen Menschen sei zurückgegangen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt wie die Erwerbstätigkeit generell. Deshalb kann BA-Chef Weise nun eine offizielle Arbeitslosenzahl von 2.893.341 breit treten. Das sind ca. 67.000 weniger als im Vormonat und schuld daran ist laut Weise die Belebung des Frühjahrs. Na ja.

Angesichts von derlei meteorologischem Geplapper fällt dem einen oder anderen vielleicht gar nicht auf, daß Weise und Konsorten natürlich nie über die Qualität der wachsenden sogenannten Erwerbstätigkeit reden. Aus gutem Grund also schreibe ich an dieser Stelle stets über die aussagekräftigere Zahl der Leistungsbezieher, wobei ich mich natürlich auch nur auf die offiziellen Statistiken der Bundesagentur beziehen kann, auf die bekanntlich andere "gestaltenden" Einfluß haben.

Zu den offiziellen 2.893.341 Arbeitslosen muß man all diejenigen rechnen, die in einer der mehr oder weniger hilfreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stecken. Das waren im Juni 1.262.470 Menschen, wobei die BA selbst eingesteht, daß diese Zahl tatsächlich höher ausfällt, sie aber nicht weiß wie hoch sie tatsächlich ist.

Geschönt wird die BA-Statistik z.B. auch durch die Arbeitslosen, die sich – um Hartz IV wenigstens noch eine Weile zu entgehen – in die Selbstständig-

keit flüchten. Klar, daß das Einkommen der meisten für ein Auskommen nicht reicht, und diese dann mit Hartz IV aufstocken müssen. Laut BA waren das in diesem Februar fast 118.000 Menschen, also 50 Prozent mehr als noch 2007. 85.000 dieser "Selbständigen" hatten weniger als 400 Euro Einkommen, nur rund 8.000 blieb etwas mehr als 800 Euro zum (Über)Leben.

Noch vor vierzehn Tagen nahmen bürgerliche Medien und auch BA-Vorstand Alt dies zum Anlaß zur Hetze gegen diese vermeintlichen "Sozialschmarotzer". Jetzt verlautet es aus dem Hause der Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU), daß man diese Sachlage gelassen sieht und es keine Überlegungen gibt, "den Bezug von Hartz IV durch Selbstständige stärker zu kontrollieren" (heute.de). Das klang bei BA-Vorstand Alt aber ganz anders. Vielleicht haben die Damen und Herren aber bemerkt, daß die "Selbständigen" wieder in der so schön geschönten Arbeitslosenstatistik auftauchen, falls man ihnen die Leistungen streicht.

Die Zahl der Leistungsbezieher ist wie gehabt noch immer weit unschöner – verständlich daher, daß sie in den bürgerlichen Medien nicht auftaucht. Nach vorläufiger Hochrechnung, Schätzung und Kaffeesatzleserei gab es im Juni offiziell(!) 738.177 ALG-I-Bezieher, 4.676.674 ALG-II-Bezieher und 1.745.102 Sozialgeld-Empfänger.

Was insgesamt 7.159.953 Menschen sind, die auf staatliche Leistungen angewiesen waren. Wobei all diejenigen, die auf Leistungen wie Wohngeld, Kinderzuschlag, Grundsicherung im Alter etc. angewiesen sind, in diese Zahl nicht einmal eingerechnet sind.

Der "boomende" Arbeitsmarkt, auf den Leyen, Weise und Co. so gern verweisen, schafft sicher auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, doch daß er hauptsächlich deshalb "boomt", weil mehr als 7,5 Millionen sogenannte Mini-Jobs entstanden sind und rund eine Million Menschen als Zeitarbeiter gleich von zwei Parasiten ausgebeutet werden, das beweist die Zahl der "Aufstocker" und die Zahl der auf staatliche Leistung Angewiesenen. Sie können von ihrer Arbeit nicht leben, weil der Lohn dafür zu gering ist.

7.159.953 – das ist die offizielle Zahl der Leistungsbezieher im Juni 2011. Bei all den Manipulationen selbst bei dieser Zahl, darf man be(un)ruhigt davon ausgehen, daß die wirkliche Zahl noch viel höher ist.

Baden-Württemberg / Stuttgart:

Bahn verschweigt wieder einmal Kosten!

Wie wir in Auszügen eines Artikels von swr.de dokumentieren, trickst die Deutsche Bahn nicht nur beim Prestigeprojekt Stuttgart 21, sondern auch bei der geplanten Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Man kann sich des Verdachts nicht erwehren, dass bei der Bahn ein Betrugs- und Vertuschungssystem existiert, welches kontinuierlich Kosten verschleiert und das steuernzahlende Volk damit gezielt hinters Licht führt. So heißt es in dem Artikel:

“Die Deutsche Bahn (DB) hat offenbar auch beim Bau der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm erhebliche Kostensteigerungen zeitweise unter Verschluss gehalten. Das geht aus DB-internen Papieren und Gesprächsprotokollen hervor, die dem SWR und der "Stuttgarter Zeitung" vorliegen.”

Dass die Bahn bei Projekten, die von der öffentlichen Hand finanziert werden, stets überbordende Kosten versucht zu vertuschen, hat System und wird offenkundig von der Bahnleitung gedeckt. Zu der Kostensteigerung heißt es weiter:

“Danach gab es 2003 in der Gesellschaft DB-Netz eine Vereinbarung, über den ermittelten Kostenanstieg vorerst niemanden zu informieren. Damals bereits hatten sich für die Neubaustrecke bei internen Berechnungen Baukosten von 2,6 Milliarden Euro ergeben, nahezu das Doppelte der bis dato veranschlagten Kosten. Eine Summe, die nur noch knapp unter den heute offiziellen Baukosten von 2,9 Milliarden liegt.

Nach SWR-Informationen stand das Neubauprojekt damals kurz vor der Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan. Den Kostenanstieg zu melden hätte das Projekt möglicherweise gefährdet. Zu dieser Einschätzung kamen DB Netz und Vertreter des baden-württembergischen Verkehrsministeriums bei einer gemeinsamen Besprechung. Laut Protokoll vom 4. Juni 2003, das dem SWR vorliegt, vereinbarten sie, dass neue Baukosten nicht kommuniziert werden dürften, bis die Neubaustrecke in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen sei. Ein Vertreter des Ministeriums wies darauf hin, man dürfe allerdings nicht zu lange schweigen. Die Gefahr entstehe sonst, dass der Bund als Hauptgeldgeber die Kosten deckle und nachträgliche Kostenerhöhungen ablehne.”

Ein weiterer Grund dafür, dass Unternehmen wie die Bahn in staatliche Hand gehören bzw. zum Volkseigentum zählen und öffentlich-transparent arbeiten müssen. Grundversorgungsbereiche wie etwa der Schienenverkehr gehören ganz klar nicht in die Hand von profitgierigen Unternehmensfürsten, die wie bei der Bahn nach eigenem Gutdünken die Öffentlichkeit belügen und bewusst in die Irre führen! Deshalb fordert die KPD/ML ganz klar:

Bahn verstaatlichen und in Volkseigentum überführen! Und zwar SOFORT!

Quellen:

<http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=8279846/96h0w9/index.html>

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML !**

**UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN AUF-
BAU DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS,**

**ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM ARBEITS-
PLATZ,**

**ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,**

**MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !**

* * * * *

KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN**

**EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

Das zukünftige Schicksal Libyens:



Der NATO-Einsatz hat nichts mit dem Schutz der libyschen Bevölkerung zu tun. Für alle zwischenimperialistischen Widersprüche gilt: Aufstandsbewegungen sollen so beeinflusst werden, daß eine wirklich revolutionäre Gärung verhindert wird und das kapitalistische Ausbeutungssystem - gehüllt in ein anderes Mäntelchen - aufrecht erhalten werden kann. Um die Einflußsphären in der geostrategisch bedeutsamen und ölfreie Region kämpfen die westlichen Imperialisten und die Chinas und Rußlands. Eine Zusammenarbeit mit dem aggressiven NATO-Pakt bringt keine Freiheit!

“Ein Volk, das seine Freiheit nicht selbst erkämpft hat, wird sie bald wieder verlieren.” (Amilcar Cabral)

Aus: Arbeit-Zukunft Nr. 4/2011

Opel Bochum:

Arbeitsplatzvernichtung und massiver Druck auf Kollegen!

Am Mittwoch, dem 8. Juni stimmte der Bochumer Opel-Betriebsrat dem von der Konzernzentrale geforderten Abbau von 1.800 der rund 4.600 Arbeitsplätzen im Bochumer Werk in voller Höhe zu. Die Betroffenen verlieren ihre Arbeit. Eine gewisse Ausnahme macht allenfalls die Getriebeherstellung. Ihre rund 300 Arbeiter, die eigentlich auch 2011 fliegen sollten, können ihr “freiwilliges” Ausscheiden wenigstens bis 2013 aufschieben. Für diese Kollegen geht also der Stress spätestens in zwei Jahren wieder los.

Der Betriebsrat stellte sich mit seinem Beschluss hinter den Spruch einer so genannten Einigungsstelle. Die Alternative für Betriebsrat und Opel-Belegschaft Bochum wäre gewesen, dass er mit Nein gestimmt hätte, damit aber für einen planmäßigen Abbau mit betriebsbedingten Kündigun-

gen und Sozialplan.

Diese Alternative stand am Montag (6. Juni 2011) bei etwa 2000 Opel-Kolleg/innen auf einer Betriebsversammlung zur Diskussion. Betriebsratsvorsitzender Rainer Eienkel musste danach einräumen, dass die Mitarbeiter eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit gefordert hätten. Die Mitarbeiter/innen wollen keine betriebsbedingten Kündigungen! Auch der Betriebsrat hatte diese Forderung in die Verhandlungen der Einigungsstelle ohne Erfolg eingebracht.

Die Konzernvertreter forderten dagegen in aller Deutlichkeit, Bochum habe als letztes europäisches Werk *“seinen Beitrag zum Arbeitsplatzabbau im Konzern zu leisten”*. *“Ohne Personalabbau ist das Werk einfach nicht zukunftsfähig.”*

Betriebsräte wussten längst Bescheid!

Die Opel/GM-Betriebsräte auf europäischer Ebene hatten dem Arbeitsplatzabbau schon im August letzten Jahres zugestimmt. Einenkel zu dieser Marschrichtung auf der Betriebsversammlung: "Man muss zur Kenntnis nehmen, dass wir Teil eines Konzerns sind, der vor wenigen Monaten noch vor der Pleite stand." Mit ihrer Zustimmung zum so genannten "Zukunftsvertrag" wurde bei der britischen General-Motors-Tochter Vauxhall/Opel der Arbeitsplatzabbau eingeleitet.

Konzern, Gesamtbetriebsrat und Gewerkschaften stimmten Lohnkürzungen von jährlich 265 Millionen Euro und der Vernichtung von 8.000 der 48.000 Opeljobs in Europa zu. Das Aus für die 1.800 Arbeitsplätze in Bochum gehörte zu diesem Plan, die Einzelheiten mussten noch ausgehandelt werden. Viele Kollegen erheben den Vorwurf: Einenkel war bei alledem dabei, wusste Bescheid. Er kann das nicht bestreiten, beruft sich aber darauf, dass er eine "drastische Arbeitszeitverkürzung" bis hin zu einer 30-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich vorgeschlagen habe.

Mit der Einigung vom 8. Juni 2011 ist der Arbeitsplatzabbau nun beschlossene Sache. Es wird wahrscheinlich nicht der letzte Schnitt sein. Und die Bochumer Opelkolleg/innen kennen das Ritual: Betriebsrat und IG Metall stimmen immer wieder dem Abbau von Arbeitsplätzen zu. Die restlichen Jobs würden dadurch sicherer, so ihre Verteidigung. **Die Bochumer Entwicklung in Zahlen:**

* 1990: etwa 21.000 Beschäftigte

* 2005: noch ca. 10.000 Kolleg/innen

* 2010: ca. 5000

* 2012: weniger als 3.000!

Aber fast alle fürchten, dass am Ende wohl die komplette Schließung des Werks stehen wird. Diese Befürchtung ist keineswegs "theoretisch": Das Opel-Werk im belgischen Antwerpen wurde bereits geschlossen, trotz massiver Gegenwehr der Kolleg/innen!

Um die Forderung des Konzerns zur Sicherung und Mehrung des Profits zu erfüllen, sind die Verantwortlichen der Gewerkschaftsführungen offenbar bereit, den Kolleg/innen jedes Opfer abzuverlangen: In den USA hat die Gewerkschaft UAW der Beseitigung tausender Jobs zugestimmt und die Löhne für Neueinstellungen um die Hälfte gekürzt, um General Motors wieder in die Gewinnzone zu bringen. In Europa streicht der Konzern nun jeden fünften Arbeitsplatz und senkt massiv die Löhne.

Außer symbolischen Gesten hat es einen gemein-

samen Widerstand aller General-Motors- und Opel-Beschäftigten in Europa nicht gegeben. Nach all diesen Fakten ist nur ein gemeinsamer Streik noch eine Chance. Das ist aber mit den aktuellen Betriebsräten und Gewerkschaftsstrukturen nicht zu machen. Ihre Politik läuft sichtbar darauf hinaus, die einzelnen Belegschaften gegeneinander auszuspielen - die Frucht des weit verbreiteten Standortdenkens. Die "Standortsicherungspolitik" der IG-Metall-Führung führt die Opel-Kolleg/innen in Bochum jedenfalls nach und nach ins Elend. So enden all die Reden, dass es bei Vauxhall oder Antwerpen doch nicht um "meinen" Standort, um "meine" Arbeitsplatz handele. General Motors macht halt eins nach dem anderen.

Wie kam es zu dieser Situation und was kommt dann?

Auf der Betriebsversammlung warfen die Kollegen Betriebsrat und IG Metall-Führung zu Recht vor, dass all die Vereinbarungen mit dem Konzern heute das Papier nicht wert seien. Lohnkürzungen und Arbeitsplatzabbau brächten trotz aller Versprechen nichts.

Nach vielen Jahren des kontinuierlichen Drucks zeigte sich Opel in zynischer Weise geradezu optimistisch, dass sich bis zum Termin Mitte August genügend "Freiwillige" für die Aufhebungsverträge melden würden. Trotzdem seien aber betriebsbedingte Kündigungen "als letztes Mittel" auch weiterhin möglich, erklärten die Arbeitgebervertreter.

Bis Anfang Juni waren bereits 900 Arbeiter zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes gedrängt worden. Bis Mitte August müssen weitere 600 "freiwillig aufgeben". Andernfalls will Opel ihnen betriebsbedingt kündigen. Folge wäre eine wesentlich geringere Abfindung. Nötigung nennt man so was!

Das ganze Vorgehen ist eine einzige Serie von Nötigungen: Am 15. März 2011 hatte die Konzernspitze mit betriebsbedingten Kündigungen gedroht, wenn nicht genügend Arbeiter bereit wären, bis Mitte April "freiwillig" auszuscheiden. Immerhin hatten da schon 600 Arbeiter dem ständigen Druck nachgegeben und sich auf eine Abfindung, eine Vorruhestandsregelung oder eine Versetzung eingelassen. Zwar erklärte der Bochumer Betriebsrat die Verhandlungen erst einmal für gescheitert, aber gleichzeitig rief er die Einigungsstelle an, die der Ex-Präsident des Landesarbeitsgerichts Bremen, ein gewisser Martin Bertzbach, leiten sollte.

Eine Einigungsstelle soll laut Betriebsverfassungsgesetz dort eine Lösung schaffen, wo die "norma-

len" Betriebsverfassungsorgane Betriebsrat, Gesamt- oder Konzernbetriebsrat und Vorstand/Geschäftsleitung keine zustande bringen. Sie besteht aus zwei gleichstarken Delegationen von Betriebsrat und Arbeitgeber sowie einem Vorsitzenden, auf den man sich vorher einigen muss. Dieser wirft schlussendlich seine Stimme in die Waagschale und entscheidet die Sache. In aller Regel dient sie dazu, die Unternehmensvorstellungen weitgehend durchzusetzen, wenn es nicht gelingt, die Einigungsstelle unter dem Druck massiver Kampfbereitschaft der Belegschaft arbeiten zu lassen. Das war aber bei Opel allem Anschein nach nicht mehr gegeben. Eine gewisse begrenzte Gestaltungsmöglichkeit besteht dann lediglich noch, wenn es der Arbeitnehmerseite gelingt, einen für sie günstigen Vorsitzenden durchzusetzen. Das scheint bei dem Herrn Bertzbach nicht der Fall gewesen zu sein. Der Opel-Betriebsrat hat das Risiko aber offenbar in Kauf genommen. Insgesamt achtmal tagte diese Einigungsstelle. Das Ergebnis war die bekannte Katastrophe. Der Arbeitsplatzabbau wurde beschlossen.

420 Kolleg/innen der Jahrgänge 1955-1957 trifft nur oberflächlich betrachtet ein "besseres Schicksal": Sie werden auf "Kurzarbeit Null" gesetzt. Toll für die GM Manager: sie fliegen von der Opel-GM-"pay roll", dafür gehören sie ab 1. März 2013 zu einer so genannten Transfergesellschaft. Die meisten von ihnen gehören zu den 900, die bereits aufgegeben haben.

Bleiben noch 600 die sich dem wachsenden Druck ausgesetzt sehen, doch noch "freiwillig" zu gehen. Die Abfindungsangebote, die weit hinter denen vergangener Jahren bleiben, werden nur für die etwas aufgestockt, die sich schnell entscheiden. Wer bis zum 7. Juli unterschreibt, erhält zur Abfindung noch acht Bruttomonatsgehälter, eine Woche später nur noch vier, bis 15. August 2011 drei.

Abfindung bringt keine Sicherheit!

Allerdings auch hier ist absolute Vorsicht angesagt: Wer freiwillig in seine eigene Arbeitslosigkeit einwilligt, dem droht eine Sperrzeit beim Arbeitslosengeld I! Diese kann zur vollen Streichung des ALG-I von bis zu drei Monaten führen. Doch damit nicht genug: Beim Arbeitslosengeld II (ALG II, "Hartz IV"!) wird's – Peter Hartz, Gerhard Schröder und Joschka Fischer sei Dank – noch schikanöser! Da die Abfindung als Einkommen bzw. nach dem Auszahlungsdatum als Vermögen gilt, droht hier eine Ablehnung. Sollte es danach irgendwann doch noch zu ALG-II kommen, so droht eine Sanktion wegen Herbeiführung der Hil-

febedürftigkeit nach § 31 Abs. 3 SGB II sowie möglicherweise nach § 34 SGB II Ersatzansprüche des Jobcenters. Nach § 34 Abs. 2 SGB II können sich diese sogar auf die Erben erstrecken.

Bei allzu frohlockend klingenden Angeboten sollten die Kolleg/innen also vorsichtig sein und lieber eine rechtliche Beratung oder Informationen bei der Agentur für Arbeit einholen. So zynisch das klingt: Es sollte ernsthaft geprüft werden, ob und wann ggf. eine betriebsbedingte Kündigung günstiger ist! Nach Angaben von Opel haben aber bereits mehrere hundert Mitarbeiter den "freiwilligen" Schritt in die Abfindung vollzogen. Sollten nicht genügend Abfindungen akzeptiert werden und die Mitarbeiter/innen nicht selbst gehen, wird es eben die betriebsbedingte Kündigung geben.

Endstation Transfergesellschaft?

Arbeiter, die sich für einen Aufhebungsvertrag entscheiden, wechseln zum 1. Oktober oder zum 1. Dezember zunächst ebenfalls zur Transfergesellschaft. Dort verbleiben die meisten für ein Jahr, um anschließend von dort in die Arbeitslosigkeit zu rutschen, Hauptsache, Opel ist sie los! Offiziell dienen Transfergesellschaften der Qualifikation und eventuell der Vermittlung der an sie übergebenen Kolleg/innen. Sie werden aus Beiträgen der Firmen, die Menschen an die Transfergesellschaft freisetzen und dem "Kurzarbeitsgeld" finanziert. Sie sind aber in aller Regel reine Beschäftigungstherapie bzw. in manchen Fällen sogar Verleihfirmen (nach AÜG). Opel hat die RAG Bildungs-Transfer GmbH unter Vertrag, inzwischen eine Tochter der TÜV Nord Gruppe, die - man glaubt es kaum - auch diese "bad-bank" der menschlichen Arbeitskraft mit einem aggressiven "Kostensenkungsprogramm" überzieht! Der TÜV ist inzwischen einer der größten privaten Bildungsträger Deutschlands. Er versucht, mit einer aggressiven Niedrigpreispolitik Marktanteile zu gewinnen, und will in diesem Jahr in seinem Bildungsbereich bis zu 500 der 1.500 Stellen streichen. Außerdem muss jedes zweite der 40 Bildungszentren, die sich vor allem im Ruhrgebiet befinden, schließen, wovon aber das "Ausbildungszentrum" bei Opel angeblich nicht betroffen sein soll. Wie dem auch sei, nach einem Jahr werden die meisten Kollegen aus der Transfergesellschaft zur "Agentur für Arbeit" wechseln, also in die Erwerbslosigkeit.

<http://www.atomhaftpflicht.de/>

DER AUFRUF

Wer trägt das Risiko eines Atomunfalls? Sie!

Bei einem Atomunfall ist Ihre Gesundheit in höchstem Maße gefährdet. Weil die Betreibergesellschaften absolut unzureichend gegen eine Atomkatastrophe versichert sind, tragen Sie als Bürger dieses Landes auch das volle wirtschaftliche Risiko für alle Folgeschäden selbst:

- Verstrahlung und Verlust von Hab und Gut, von Ihrer Wohnung, von Haus- und Grundbesitz
- Untergang von Betrieben, Verlust Ihres Arbeitsplatzes
- Ganze Regionen werden unbewohnbar

Der Gesetzgeber verlangt für den Fall einer Katastrophe in einem Atomkraftwerk lediglich eine Schadensdeckung bis zu 2,5 Milliarden Euro. Aber dieser Betrag deckt weniger als 0,1% der möglichen Sach- und Vermögensschäden ab. Die Betreiber sind also gegen einen Großschaden total unterversichert und gehen im Fall einer Atomkatastrophe sofort in Konkurs.

Das volle Risiko eines Atomunfalls tragen Sie, nicht der Betreiber des Atomkraftwerks!

Dass Menschen und deutsche Spitzentechnologie versagen können, hat u.a. die ICE-Katastrophe von Eschede gezeigt. Für jedes Auto und jeden Betrieb müssen mögliche Sach- und Personenschäden durch eine Haftpflichtversicherung voll abgedeckt werden. Warum gilt das nicht für Atomkraftwerke?

Wie groß das Risiko tatsächlich ist, weiß man seit der Tschernobyl-Katastrophe: Die Fläche dauerhafter Evakuierung kann 10.000 km² groß sein und mehr als 200 km weit reichen. Bei der dichten Besiedlung unseres Landes sind dann mehrere Millionen Bürger betroffen; sogar die notwendige ärztliche Versorgung wäre ungewiß.

Deshalb richten wir an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung die Forderung, unverzüglich als Risikovorsorge für den Betrieb von Atomkraftwerken eine Betriebshaftpflichtversicherung mit unbegrenzter Deckung für alle Gesundheits-, Sach- und Vermögensschäden vorzuschreiben.

[Jetzt online unterschreiben!](#)

<http://www.atomhaftpflicht.de/formular.php3>



Schäden von bislang 2 Milliarden Euro

Ölpest im Golf von Mexiko

Ähnlich arrogant wie die Atomindustrie hatte der Ölmulti BP vor dem Versinken der Ölbohrplattform Deepwater Horizon erklärt, man habe die Ölbohrungen im Golf von Mexiko in rund 1500 Metern Wassertiefe technisch im Griff. Dann, am 22. April 2010, zwei Tage nach einer Explosion, bei der elf Menschen starben, versank die Ölplattform im Meer. Aus dem Bohrloch austretendes Öl verursacht seitdem eine Ölpest im Golf von Mexiko, welche zur schwersten Umweltkatastrophe dieser Art in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika führte. Laut Berechnungen von BP und einer Konzernveröffentlichung vom 25. Juni 2010 betragen die bis dahin angelaufenen Kosten der Ölpest bereits knapp 2 Mrd. Euro (2,35 Mrd. US-\$).

Das sind Peanuts im Vergleich zu den Schäden im Falle einer Atomkatastrophe. Eine Studie der Bundesregierung kam zu dem Ergebnis, dass bei einem schweren Kernschmelzunfall in einem deutschen Atomkraftwerk mit Schäden von bis zu 5500 Milliarden Euro zu rechnen wäre. Das Forum ökologische Sozialwirtschaft errechnete sogar Schäden von mehr als 11.000 Milliarden Euro. Gerade stehen müssen die Atomkraftwerksbetreiber aber für lediglich 2,5 Milliarden Euro. Das heißt, dass die Bevölkerung nicht nur gesundheitlich, sondern auch finanziell das volle Risiko eines Atomunfalls trägt.

Bei der ideologischen Auseinandersetzung mit anderen Organisationen haben wir es in der Vergangenheit für gewöhnlich vermieden, diese Organisationen direkt zu nennen - aus taktischen Gründen, denn oft führt auch eine berechtigte Kritik verbunden mit der Nennung der angesprochenen Organisation zu einem "solidarischen" Schulterschluss der Mitglieder; mehr Erfolg haben wir, wenn wir die Organisation namentlich nicht angreifen, sondern nur die Positionen - dann denken deren Mitglieder eher darüber nach, ob wir mit unserer Kritik nicht vielleicht Recht haben. Von diesem Prinzip weichen wir im folgenden Text bewußt ab.

Kritik eines ehemaligen MLPD-Mitglieds:

“An manchen Tagen fühlte ich mich doch in alte SED-Zeiten zurückversetzt”

Montagsdemos fanden 1989 in der DDR statt. Montagsdemos fanden aber auch 1991 statt. Darüber wird jedoch geschwiegen.

80.000 versammelten sich z.B. am 25. März 1991 in Leipzig, um gegen die wirtschaftliche Misere in den neuen Bundesländern zu protestieren. In zahlreichen Städten kam es erneut zu Montagsdemos, diesmal gegen die Bundes-

regierung! Einen großen Einfluss hatte der DGB, der diese Montagsdemos aber abwürgte und beendete. Als Grund wurde eine angebliche "gewalttätige Gefahr" benannt.

Tatsächlich erfreuten sich diese Montagsdemos regen Zulauf und wurden für die neuen Herren in Ostdeutschland zu einer Gefahr!

Weitere Montagsdemonstrationen:

1997/1998 in Göttingen: "Montagsdemonstrationen gegen Sozialabbau", die sich gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit sowie die "Rotstiftpolitik" im Gesundheitswesen und in der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik gerichtet hatten.

Am 14. März 2003 verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung: "Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern



und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen." Gegen diese unter dem Namen "Agenda 2010" geplanten Einschnitte im Sozialbereich gab es bereits am 29. September und am 20. Oktober des gleichen Jahres in zahlreichen Städten "Montagsaktionen".

Diese mündeten in einer zentralen Demonstration in Berlin am 1. November 2003 mit

über 100.000 Teilnehmern.

Mit dem 26. Juli 2004 begann in Magdeburg erneut der Startschuss der Montagsdemonstrationen in Deutschland Ost und West. Am 9. August 2004 waren 15.000 in Magdeburg auf der Straße. Am 23.8. 2004 protestierten über 220.000 Menschen in über 140 Städten der BRD gegen Hartz IV.

Die Richtung ist klar: Hartz IV und Agenda 2010 müssen vom Tisch - ab jetzt wird jeden Montag demonstriert! Magdeburg gab das Signal und bereits in über 50 Städten in der BRD wird zu Montagsdemonstrationen aufgerufen.

Laut Mainstream-Presse nahmen am 9. August 40.000 Menschen in mehr als 30 Städten an den Protesten teil.

Am 9.8. kamen zu Demo in:

Magdeburg: 15.000
Dessau: 3.000
Halle: 3.000



Leipzig: 10.000
 Dresden: 400
 Jena: 600
 Berlin: 150 (2 Demos)
 Koeln: 100
 Aschersleben & Halberstadt: insgesamt 2500
 Gelsenkirchen: 100-300
 Dortmund: 200
 Wittenberge: 500
 Kyritz: 200
 Senftenberg: 1000 Menschen
 Rostock: 5000 Menschen
 Gera: 2000 Personen.

Also: am 26. Juli 2004, vor 7 Jahren begannen die neuen Montagsdemos in Magdeburg

Wie steht es heute mit den Montagsdemonstrationen?

Seit nunmehr 7 Jahren gehen bundesweit die Menschen auf die Strasse. Diese Montagsdemos haben in diesen Jahren aber viel durchgemacht. Von den anfänglichen Massenprotesten bleiben heute nur noch wenige. In 50 bis 100 Städten gibt sie aber immer noch. In den letzten Jahren fanden innerhalb dieser Protestbewegung Auseinandersetzungen statt. Einer dieser Gründe war die MLPD - jetzt auch in Magdeburg:

Am 11.04. 2011 wurde durch die Magdeburger Montagsdemonstration mehrheitlich darüber abgestimmt, dass Parteienwerbung während der Demo nicht erwünscht ist. Die Thematik wurde im Vorfeld während der Beratung der Bürgerinitiative Magdeburger Montagsdemonstration, an der jeder Interessierte teilnehmen kann, mehrmals diskutiert. Auch die Mitglieder von anderen Parteien respektieren diese Abstimmung. Nicht so die MLPD. Sie die vorgibt, einen "echten" Sozialismus zu verwirklichen und aus der Entartung der DDR gelernt zu haben, erweist sich eher als Fortsetzer der SED-Politik.

Aber lesen wir, was ein Montagsdemonstrant über diese MLPD-Politik denkt:

09.05.2011, Roland N. (SBK)

"Heute, am 09.05.2011, wie am letzten Montag, dem 02.05. 2011 auf der Montagsdemo bestätigte sich wieder, dass mein Entschluss Ende 2008 richtig war, aus der MLPD auszutreten.

Einiges hier vor Ort konnte ich einfach nicht mehr mit meinem Gewissen vereinbaren.

Ich will das auch nicht auf die gesamte Partei beziehen, denn dieses Urteil steht mir nicht zu. Es geht für mich um die MLPD- Leute hier vor Ort, mit denen ich fast 3 1/2 Jahre zusammengearbeitet habe. Rund 2 Jahre war ich auch in ihrer Kreislei-

tung.

Es hatte seine Zeit gebraucht, Dinge neu zu begreifen und mir darüber klar zu werden, was mich Stück um Stück wieder von der MLPD entfremdete.

An manchen Tagen fühlte ich mich doch in alte SED-Zeiten zurückversetzt. Ich begann, mir die Frage neu zu stellen, warum ich 1992 aus der damaligen PDS ausgetreten bin, wenn sich doch das eine oder andere Erscheinungsbild so ähnelt und ich längst Vergessenes wieder vorfinde.

Das betrifft vor allem den Umgang mit den Menschen, den ich schon zu DDR-Zeiten in der SED kritisiert hatte.

Der Begriff "kleinbürgerliche Denkweise" fand sich auch im SED-Sprachgebrauch. Er wurde gebraucht, wenn man eine andere Meinung vertrat, kritisch war und nicht bereit war, sich zu einer gewissen Parteidisziplin maßregeln zu lassen.

Das Andersdenken war nicht gewünscht. Zu eigenem Umdenken waren SED-Funktionäre nicht bereit. Mit der Zeit bekam ich damit und mit Begriffen wie "Kritik und Selbstkritik üben" bei der MLPD vor Ort ein echtes Problem.

Es war ein langer Lernprozess, begreifen zu müssen, dass vieles oft anders praktiziert wurde, als es im MLPD - Parteiprogramm stand.

Heute denke ich, dass ich für eine Weiterentwicklung keine Partei brauche und schon gar kein vorgeschriebenes, festgelegtes Denken. Am besten lernt man von und mit Menschen, mit denen man sich in Ehrlichkeit und auf Augenhöhe zueinander zu bewegt. Von diesem Schritt scheint mir die MLPD hier vor Ort weit entfernt zu sein. Sie scheint nicht bereit zu sein, von anderen Menschen zu lernen. Sie akzeptiert nicht, dass nicht alle ihrer Meinung sind. Das bestätigt sich aktuell auf der Magdeburger Montagsdemo.

Nun hat die MLPD vor Ort ein Problem damit, dass ich nicht mehr ihr Mitglied bin, dass mich die parteilosen Montagsdemonstranten um Rat fragen, wie sie sich in der einen oder anderen Situation verhalten sollen, weil es schwierig ist, ihre Handlungen zu durchschauen.

Natürlich weiß ich um die parteitaktischen Schulungen hierzu. Ich weiß, wie Strategien zu solchen Situationen durchgespielt werden, wie sich jetzt zum Teil stattfinden.

Natürlich habe ich aus meiner früheren Kreisleitungszugehörigkeit Kenntnisse darüber, wie dort jede einzelne Montagsdemo ausgewertet und analysiert wurde, um weitere Vorgehensweisen zu planen.

In ihren Augen bin ich nun ein Nestbeschmutzer

und Verräter, wie es von einigen Sympathisanten in den letzten Wochen bereits geäußert wurde.

Nun gut, damit kann ich leben, weil ich genau weiß, dass einflussnehmende Strategie dahinter steckt. Aber Vereinnahmung funktioniert ideologisch auch nur so.

Erstaunlich ist nur, wie sich doch so manches ähnelt, als O. Lafontaine der SPD den Rücken kehrte. Zur Zeit geht die MLPD immer aggressiver vor. Es werden schwere Geschütze der Verleumdung und Diffamierung hervorgeholt. Sie scheuen auch nicht davor zurück, unwahre Vergleiche heranzuziehen. Wozu und wem dient das? Ist es ihre Angst davor, dass da jemand auf der anderen Seite steht, der genau weiß wie es funktioniert, wie sie ticken, wie notwendig es für die MLPD ist, diese Montagsdemo als Plattform für ihre Parteiarbeit nutzen zu müssen, weil davon ihr Überleben abhängt?

Die Ergebnisse zur Landtagswahl 2011 haben das doch auch bestätigt.

Weil ich nun auf Grund meiner Kenntnisse und Erfahrungen, die ich im Umgang mit den Leuten der MLPD gesammelt habe, um Rat gefragt werde, wird nun von der MLPD folgender Schuh daraus gestrickt: Ich wolle die Montagsdemo an mich reißen und mich dort positionieren.

Das einzige, was ich will, ist, dass sich die Montagsdemo endlich wieder parteiunabhängig in ihrem Erscheinungsbild präsentiert, damit viele Leute den Weg zur Montagsdemo zurückfinden, um dort ihren Protest ausdrücken zu können, ohne das Gefühl, vereinnahmt oder einer Partei zugeordnet zu werden, der sie nicht zugeordnet werden wollen.

Viele haben wegen der MLPD der Montagsdemo den Rücken gekehrt. Viele wollen auch wieder zu ihr (zur Montags-Demo - RS-Red.) zurückkehren - aber als freidenkende Menschen, ohne dass sie in ein parteipolitisches Dogma hineingepresst und vereinnahmt werden.

Daran festzuhalten ist wichtig, denn die Magdeburger Montagsdemo darf einfach nicht sterben.

Sie wird es aber, wenn sie letztlich nur noch als eine reine Parteiveranstaltung von außen wahrgenommen wird.

Das geht sehr schnell. 2006 habe ich schon einmal in Haldensleben erlebt, wie durch die Vereinnahmung eine Montagsdemo kaputt gemacht werden kann.

Darum kehrt zurück und drückt gemeinsam mit uns eueren Protest gegen diese Vereinnahmung durch die MLPD aus."

(<http://www.montags-auf-die-strasse.de/tl/Meinungen-nach-der-Abstimmung-vom-11.-04.-2011.htm>)

* * * * *

Kritik am Verhalten der MLPD gibt es nicht nur in Magdeburg; in Herne z.B. wagten es nicht zur MLPD gehörende Teilnehmer der Montags-Kundgebung, Vorschläge für ein im wahrsten Sinne des Wortes offeneres Auftreten den Passanten gegenüber zu machen (der "geschlossene" Kreis sollte sich öffnen und so den Passanten den Zugang erleichtern) - dieser Vorschlag wurde abgelehnt mit der Begründung, der geschlossene Kreis habe sich bewährt. Worin diese Bewährung besteht, wurde bisher nicht mitgeteilt. Dazu kommt, daß die Veranstaltungen den Namen "Montagsdemonstration" schon lange nicht mehr verdienen, denn an den meisten Orten finden bestenfalls Montagskundgebungen statt. Jeder Schritt ist schon zuviel, vom Langen Marsch ist keine Rede mehr...

Für die MLPD sind dies keine Gründe, ihre Politik bei den Montagsdemonstrationen zu überdenken, eine Selbstkritik zu üben. Dank ihres "richtigen" Programms und ihrer "weisen" und "bewährten" Politik haben sie immer recht. Schuld haben immer die Anderen.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 erklärte die SED: "Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht versteht, ist die Partei schuld, nicht die Arbeiter" (Dok. SED, Bd.IV, S.441) Abgesehen davon, dass diese Erkenntnis späterhin ignoriert wurde, wäre für die MLPD dies auch heute lehrreich genug, um ihr Verhalten selbstkritisch zu überprüfen.

Heute existieren 2 Montagsdemonstrationen in Magdeburg - wie übrigens in anderen Städten auch: Eine kleine MLPD-Montagsdemo und eine größere Montagsdemo. Nicht vergessen werden darf aber auch, dass für viele Menschen der Sozialismus als Alternative erneut diskreditiert wurde. Immer wieder wurde diese Partei mit der Politik der SED verglichen und viele Übereinstimmungen festgestellt. Nicht die großen Worte vom Antikapitalismus waren Grund der Kritiken, sondern ihr Verhalten den Menschen gegenüber.

Aus: "Der Beitritt: Wie die DDR zur BRD kam" - S. 58/59

(Online verfügbare Broschüren, Bücher, Texte & Musik: <http://www.kpd-ml.org/>)

Der Revisionismus ist eine Gefahr, die kommunistische Parteien an der Macht stets bedroht, und zwar nicht in erster Linie als eine von außen, von außerhalb des Sozialismus kommende Kraft, sondern als eine Kraft, die ihre Wurzeln im Sozialismus selbst hat.

Die Fremdbestimmung über die Massen ist ein Wesensmerkmal des Revisionismus

Halten wir fest: Ein Wesensmerkmal des Revisionismus, gleich welcher Prägung, ist ein funktionales Verhalten zu den werktätigen Massen, eine Haltung der Fremdbestimmung über sie, die Einstellung, sie als Manövriermasse zu betrachten. Sie sollen nicht anhand ihrer eigenen Erfahrungen durch die Partei zur Selbsttätigkeit im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts, im Sinne der Vergesellschaftung, erzogen werden, sondern sie sollen "die richtigen Losungen der Partei aufgreifen", andernfalls sind sie reaktionär und müssen eben noch entsprechende Erfahrungen machen, um zu sehen, daß "die Partei schon recht hat". Entsprechendes gilt innerhalb der Partei: Der Revisionismus ist nicht bestrebt, möglichst alle Parteimitglieder in die Lage zu versetzen, aktiv an der Erörterung und Entscheidung aller Fragen der Parteilinie und Parteientwicklung teilzunehmen, sondern er degradiert die Parteimassen zu Befehlsempfängern der Führung.

“Jede Köchin muß lernen, den Staat zu führen.”
(W.I. Lenin)

Die Fremdbestimmung über die Massen ist selbstverständlich kein Kriterium, das den Revisionismus von anderen bürgerlichen Strömungen unterscheidet, sondern im Gegenteil ein Kriterium, das er mit allen anderen bürgerlichen Strömungen gemeinsam hat. Dies zeigt gerade, daß der Revisionismus eine bürgerliche Strömung ist. Eine Strömung, die in kommunistischen Parteien sozialistischer und kapitalistischer Länder wirkt, die geeignet ist, diese Parteien in bürgerliche Parteien zu verwandeln, wenn ihr nicht rechtzeitig entgegengetreten wird. Der hohe Grad an Disziplin, der in kommunistischen Parteien erforderlich ist, kann von dieser bürgerlichen Strömung sehr leicht ausgenutzt werden, wenn die Form vom Inhalt gelöst wird, wenn die Disziplin von einer freiwilligen Disziplin bewußter Kämpfer in Kadavergehorsam verwandelt wird, wenn die Partei und ihre Normen vom Kampf der Klasse losgelöst werden.

Dies alles freilich verliert man aus den Augen, wenn die Trennungslinie zum Revisionismus formal gezogen wird, wenn sie an der Anerkennung bestimmter Worte ("gewaltsame Revolution", "Diktatur des Proletariats", "führende Rolle der Partei") anknüpft, anstatt allseitig die diesbezüglichen Begriffe zu verteidigen und vor allem im

realen Leben anzuwenden.

Eine Kritik des Revisionismus muß insbesondere auch die inneren und äußeren sozialen Triebkräfte aufdecken, die ihn hervorrufen. Geschieht dies nicht, so wird die scheinbar so konsequent gezogene Trennungslinie zum Revisionismus nicht nur verwischt, sondern es besteht die Gefahr, daß man selbst zum Revisionismus übergeht.

Kritik und Selbstkritik - ein Entwicklungsgesetz der Kommunistischen Partei

Nur solche Parteien, die restlos an das werktätige Volk glauben und denen das Volk unbegrenztes Vertrauen schenkt, können die millionenköpfigen Volksmassen zur Revolution führen, die unausbleiblich mit gewaltigen Opfern verbunden ist.

Kritik und Selbstkritik sind jene revolutionären Waffen, jene erprobte Methode, mit der die marxistischen Parteien alles Fremde, alles bürgerliche, das noch in ihren Reihen eindringt, schonungslos vertreiben. Kritik und Selbstkritik sind nur revolutionären, marxistisch-leninistischen Parteien eigen. Die Kommunistischen Parteien unterscheiden sich insbesondere dadurch von den revisionistischen, reformistischen Parteien, daß sie akut gewordene Fragen niemals umgehen, sie nicht vertuschen und nicht verkleistern, sondern stets offen, gründlich und prinzipiell ihre Fehler aufdecken und kritisieren, aus der Kritik und Selbstkritik neue Kräfte, neue Energie für die Verbesserung ihrer Tätigkeit, für ihre Entwicklung schöpfend. Die bürgerlichen und die revisionistischen Parteien begründen ihre gesamte Tätigkeit auf dem Belügen des Volkes, auf dem Betrug der Volksmassen. Deshalb fürchten sie auch das Volk, deshalb wagen sie es auch nicht, mit ihrer Tätigkeit offen und ehrlich vor das Gesicht des Volkes zu treten. Es ist ganz logisch, daß sich die Kommunistische Partei nicht als revolutionäre Parteien erhalten können, wenn sie eines der grundlegenden Prinzipien ihrer Existenz, die Kritik und Selbstkritik, in Vergessenheit geraten lassen oder verletzen, denn das würde bedeuten, daß sie ihre Verbindung mit den Massen zerreißen, d.h. die Partei wird zugrunde gerichtet!

Den Kommunisten sind Dünkel, Hochmut, Überheblichkeit, Bürokratismus, Prahlerei, Schmeichelei, Selbstzufriedenheit und Isolierung von den Massen ihrem Wesen nach fremd.

Die Partei geht zugrunde, wenn sie ihre Fehler verheimlicht, wunde Punkte vertuscht, ihre Un-

zulänglichkeiten bemäntelt, indem sie ein falsches Bild wohlgeordneter Zustände zur Schau stellt, wenn sie keine Kritik und Selbstkritik duldet, sich von dem Gefühl der Selbstzufriedenheit durchdringen lässt, sich dem Gefühl der Selbstgefälligkeit hingibt und auf ihren Lorbeeren auszuruhen beginnt.

"Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern", sagt Lenin, "ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen - das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse." (Lenin, Ausgew. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S.703.)

Und ferner:

"Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, dass sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, dass sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen. Wir aber werden nicht zugrunde gehen, weil wir nicht fürchten, von unseren Schwächen zu sprechen, und es lernen werden, die Schwäche zu überwinden." (Lenin, sämtliche Werke, Bd. XXVII, S. 260/61 russ.) Selbstkritik ist ein Zeichen der Stärke der Partei, nicht ihrer Schwäche. Grenzenlose Ergebenheit der Arbeiterklasse gegenüber, unerschütterlicher Glaube an ihre Kräfte, unbezwingbarer Wille zum Kampf und die Bereitschaft, beliebigen Schwierigkeiten mutig entgegenzugehen und auf dem Weg zum Ziel beliebige Hindernisse niederzureißen, dies sind die hervorstechenden Eigenschaften der revolutionären Kämpfer, die von den marxistischen Parteien auf der Grundlage von Kritik und Selbstkritik erzogen werden.

Jede Genossin, jeder Genosse hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, wenn sie bzw. er einen Fehler in der Arbeit der Partei bemerkt zu haben glaubt, auf diesen Fehler hinzuweisen. Das gilt auch dann, wenn sich hinterher bei der Überprüfung die Sorge als unbegründet herausstellt. Durch diese verantwortungsbewußte Wachsamkeit der Parteimitglieder und -freunde wird die korrekte Linie der Partei überwacht und gesichert.

Bertold Brecht

Lob des Lernens

Lerne das Einfachste, für die,
deren Zeit gekommen ist, ist es nie zu spät!
Lerne das ABC, es genügt nicht, aber
lerne es! Laß es Dich nicht verdrießen!
Fang an! Du mußt alles wissen!
Du mußt die Führung übernehmen.

Lerne, Mann im Asyl!
Lerne, Mann im Gefängnis!
Lerne, Frau in der Küche!
Lerne, Sechzigjähriger!
Du mußt die Führung übernehmen.
Suche die Schule auf, Obdachloser!
Verschaffe Dir Wissen, Frierender!
Hungriger, greif nach dem Buch:
es ist eine Waffe.
Du mußt die Führung übernehmen.

Scheue Dich nicht zu fragen, Genosse!
Laß Dir nichts einreden, sieh selber nach.
Was Du nicht selber weißt,
weißt Du nicht.
Prüfe die Rechnung,
Du mußt sie bezahlen. Lege den Finger auf jeden
Posten,
Frage: Wie kommt der hier her?
Du mußt die Führung übernehmen.



Eine Zensur findet nicht statt? Oder?

Bei *youtube.com* konnte man seit geraumer Zeit einige interessante DEFA-Filme herunterladen. Filme, die so nie im Fernsehen gezeigt wurden/werden. ("Rotfrontler")

Spielfilme wie "Ich Axel Cäsar Springer" werden wohl den Ausschlag gegeben haben für folgende Meldung, die man erhielt, wenn man *rotfrontler* als Suchbegriff eingab:

Dieses Konto wurde aufgrund wiederholter oder schwerwiegender Verstöße gegen die Urheberrechtsrichtlinien von YouTube gesperrt.



So ist das mit der Freiheit!

Nach *youtube.de* liegen Beschwerden des Deutschen Rundfunks Archives (DRA) vor.
Wer ist das DRA?

Gegründet wurde das DRA 1952 in Frankfurt am Main. 1962 wurden seine Aufgaben um die Dokumentation von Fernsehproduktionen erweitert

Nach der Einverleibung der DDR übernahm es in den Jahren 1992 bis 1994 zunächst treuhänderisch die Verwaltung der Archivbestände des Hörfunks sowie des Fernsehens der DDR und erhielt einen zweiten Standort in Berlin-Adlershof.

Neben den schriftlichen Überlieferungen findet sich im DRA Babelsberg das audiovisuelle Erbe des DDR-Rundfunks (1945–1991) und Fernsehens (1952–1991) mit ca. 180.000 Filmbüchsen, 120.000 Videokassetten, 10.000 DVDs sowie ca.

450.000 Wort- und Musik-Tonträgern.

Die Bestände und Informationsquellen des DRA werden im Rahmen des Stiftungsauftrages dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch für Wissenschaft und Forschung, Erziehung und Kultur, eingeschränkt auch Privatpersonen und kommerziell arbeitenden Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Diese Bestände unterliegen einer Zensur: Filme wie "ICH Axel Cäsar Springer" werden durch die DRA niemals zur Verfügung gestellt (und von den Medien auch nie angefordert).

Werden Filme auf YouTube angeboten, die politisch brisant sind und der BRD-Staatsdoktrin des Antikommunismus entgegenstehen, wird Druck ausgeübt. "Urheberrechte" werden verletzt, heisst es dann lapidar wie oben bereits angeführt: Dieses Konto wurde..."

Das DDR-Urheberrecht wurde z.B. von der DRA einverleibt. Und die DRA bestimmt auch über die Veröffentlichung, d.h. sie verbietet diese.

Beispiele:

DDR-Kriminalverfilmungen, die auf die kriminellen Missstände in der Bundesrepublik abzielten, werden verboten. Dazu gehören die Bonner Pitaval-Reihe (Kaul).

Das Ziel dieser Sendereihe war, in ihrer Gesamtheit die Kontinuität der politischen Entwicklung in Deutschland sowie Traditionen und Erscheinungen des Neonazismus in der Bundesrepublik auf besondere Weise zu verdeutlichen und Kritik an den Machenschaften der (Klassen) Justiz in Westdeutschland zu üben.

Einige Kriminalfilme des Deutschen Fernsehfunks (DDR)

Aus der mehrere Staffeln umfassenden Reihe *Pitaval* (der ersten Kriminal-Reihe im DDR-Fernsehen):

Der Fall Rene Levacher alias. . . (1960)

Rekonstruiert werden die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Planspiele Adenauers und Blankenhorns für die Bildung eines westdeutschen Teilstaates. Vermittler auf französischer Seite war Leutnant Levacher, der 1952 auf Grund einer Verärgerung seine Kenntnisse vor der westdeutschen Polizei zu Protokoll gibt. Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" bringt dieses Protokoll an sich und veröffentlicht die Informationen. Es kommt im Jahr 1955 zu einem Prozess gegen den "Spiegel" und Levacher wegen Landesverrats und Beleidigung des Bundeskanzlers. Der Prozess endet mit einem Vergleich, Adenauer zieht die Anklage zurück.



Wohl dem, der lügt (1962)

Die Stützen der Gesellschaft pokern um große Geschäfte. Dabei bedienen sie sich aller Mittel der Verleumdung und des Rufmordes. Einig sind sie nur im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner: den Kommunismus.

Auschwitz-Prozeß. Impressionen aus der Hauptverhandlung (1 – 5) (1964)

Am 21. Dezember 1963 begann in Frankfurt am Main ein Prozess gegen 22 Personen, alle ausnahmslos angeklagt der Beihilfe zum vielfachen Mord im Vernichtungslager Auschwitz. Bis zum Jahre 1960 lebten die Angeklagten äußerlich wie jeder andere Bürger. Erst das beharrliche Drängen

der Überlebenden von Auschwitz brachte sie auf die Anklagebank. In fünf Teilen wird der Versuch unternommen, unter Verwendung des Originaltextes nach authentischen Berichten Eindrücke von der Prozess-Führung festzuhalten.

Zum Beispiel Flick (1975)

In diesem Kompilationsfilm, gedreht anlässlich des 30. Jahrestages der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens, zeigt Kaul, dass NS-Kriegsverbrecher maßgebend an der permanenten Verletzung des Potsdamer Abkommens durch die Westmächte beteiligt sind und im politischen wie Wirtschaftsgeschehen hemmungslos alle Möglichkeiten für den eigenen Vorteil nutzen.

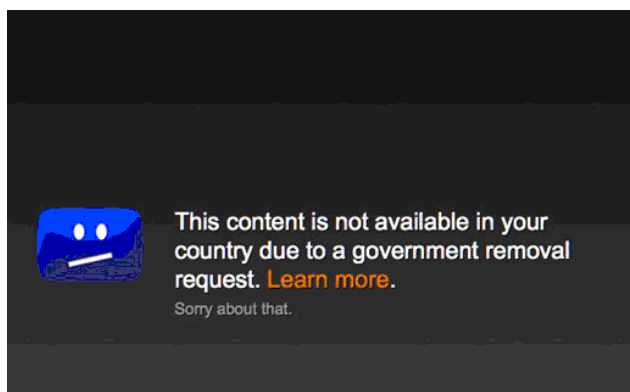
* * * * *

YouTube - Statistik

Täglich werden etwa 65.000 neue Videos hochgeladen und 100 Millionen Clips angesehen, das entspricht 3 neuen Videos alle 4 Sekunden (Stand: Oktober 2006). Im Oktober 2009 gab das Unternehmen bekannt, über eine Milliarde Videoabrufe pro Tag zu verzeichnen. Am 17. Mai 2010 berichtete YouTube von mehr als 2 Milliarden Aufrufen pro Tag. Mittlerweile (Stand: November 2010) werden pro Minute über 35 Stunden Videomaterial auf die Plattform geladen.

Es gibt keine Zensur - youtube erklärt das so: ...

*Dieser Content ist in deinem Land nicht verfügbar, da er aufgrund einer Regierungsanfrage entfernt wurde. **Learn more.** Das tut uns leid.*



Zur Diskussion gestellt:

Gedanken zur GEWERKSCHAFTS- UND BETRIEBSARBEIT

Es gibt eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen, die mit der Arbeit ihrer Gewerkschaft nicht zufrieden sind. Sie reagieren darauf unterschiedlich, nicht wenige treten aus. Wir denken, daß es leichter ist, gemeinsam unzufrieden zu sein als als Einzelperson. Deshalb ist es sicherlich richtig, sich darum zu bemühen, die Unzufriedenen zusammenzufassen. Doch in welcher Form?

Die KPD unter der Führung von Ernst Thälmann hat versucht, eine RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) aufzubauen. Sie hat bei diesem Versuch Erfolge erzielt, ist aber letztlich gescheitert. Auch unsere Partei, die KPD/ML, hat unter Ernst Aust versucht, eine RGO aufzubauen. Auch die KPD/ML hat hier durchaus Erfolge erzielt. . Beide - sowohl alte KPD als auch KPD/ML - sind mit dem Versuch aber insofern gescheitert, als es nach einigen Jahren keine RGO in den betreffenden Betrieben mehr gab, weil die so organisierten Kolleginnen und Kollegen sowohl aus der Gewerkschaft als auch aus dem Betrieb gesäubert wurden.

In der Aufarbeitung der RGO-Geschichte wird häufig die Ansicht vertreten, es sei linkssektiererisch zu versuchen, eine RGO aufzubauen. Begründet wird dies damit, daß die bekannten RGO-Mitglieder aus Gewerkschaft und Betrieb flogen. Wir sind uns allerdings nicht sicher, ob der Grund für ihren Rauswurf wirklich ihre **Mitgliedschaft** war. Einige Erfahrungen können vielleicht bei der Beantwortung der Frage helfen.

Einer unserer Genossen war mehrere Jahre als Lehrer in einer sozialpolitischen Einrichtung tätig. Er war nicht in der RGO, aber als Kommunist bekannt. Er setzte sich für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen ein, was dazu führte, daß er zum Betriebsrat gewählt wurde, zum Betriebsratsvorsitzenden und auch zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden aller zusammengeschlossenen sozialpädagogischen Einrichtungen dieses Bundeslandes - zweifellos eine Anerkennung der Kollegen für seine gute Arbeit. Doch das ist nur die eine, die erfreuliche Seite - es gab auch eine andere. Unser Genosse mußte im wahrsten Sinne des Wortes jeden Tag um die materielle Existenz für sich und seine Familie kämpfen, denn dem Arbeitgeber gefiel sein Einsatz für seine KollegInnen natürlich gar nicht. Dafür, wie sie gegen ihn vorgingen, nur ein Beispiel: seine Frau stand kurz vor der

Entbindung, es stellte sich im Krankenhaus heraus, daß die Geburt nicht problemlos sein würde, die Nabelschnur drohte das Baby zu erdrosseln. Die Wehen dauerten mehrere Tage, in dieser Zeit wich unser Genosse seiner Frau nicht von der Seite. "Ich lasse sie jetzt nicht allein," sagte er. Die Geburt verlief erfreulicherweise gut, doch unser Genosse sollte dafür, daß er nicht bei der Arbeit war, sondern seiner Frau beistand, gemäßregelt werden. Doch damit kam die Heimleitung nicht durch. Immerhin, dieses Beispiel zeigt deutlich auf, zu welchen verkommenen Methoden sie griffen, um ihn klein zu kriegen. Der Hinweis darauf, daß es sich hier um eine SPD-Einrichtung handelte, ist nicht überflüssig - es hätte ja auch eine christliche sein können...

So oder ähnlich erging es ihm jahrelang. Das führte dazu, daß nicht nur seine Gesundheit, sondern auch seine Nerven immer mehr ruiniert wurden. Als sich die Möglichkeit ergab, an einer anderen sozialpädagogischen Einrichtung unter menschlicheren Bedingungen zu arbeiten, rieten wir dem Genossen, zu wechseln, was er auch tat.

Weitere Beispiele: im Juni dieses Jahres gab es im Fernsehen einen Bericht von Günter Wallraff mit dem Titel "Das Recht des Stärkeren". Hier wurde berichtet über Betriebsräte bzw. Betriebsrätinnen, die sich konsequent für die Interessen der Leute einsetzten, die sie dafür gewählt hatten. Die Methode der "Arbeitgeber" bestand nun darin, mit einem dafür bezahlten Rechtsanwalt diese Betriebsräte mit einer Flut von Prozessen zu überziehen. Dabei kam es für die Unternehmenseite gar nicht darauf an, den Prozeß zu gewinnen, sondern es ging lediglich darum, den Aufmüpfigen (die übrigens in keiner RGO-ähnlichen Organisation waren) in Atem zu halten. Geld und Zeit hatte die Betriebsleitung allemal für solche Spielchen, die in vielen Fällen die Gesundheit und die Nerven der "Delinquenten" zerrütteten.

Wir haben keine Zweifel daran, daß in der Arbeit der RGO - sowohl zu Teddys als auch zu Ernst Austs Zeiten - Fehler gemacht wurden, sicherlich auch linkssektiererische - so etwas passiert in der politischen Arbeit immer wieder. Doch waren sie der Grund für das Scheitern?

Ein positives Beispiel aus der RGO-Tätigkeit war die Arbeit in Berlin bei Siemens. Dort gab es eine RGO-Gruppe, die auch offen als solche auftrat, z.B. bei

Betriebsratswahlen kandidierte. Sie war mehrere Jahre lang aktiv und erreichte in dieser Zeit eine ganze Menge für die Beschäftigten im Betrieb. Nur einige Beispiele: die Belegschaft bestand zum überwiegenden Teil aus Immigranten aus der Türkei, allerdings hatten die im Betriebsrat keinen Vertreter (lediglich 2-3 Türken waren als Dolmetscher tätig); das änderte sich durch das Eingreifen der RGO; auch Frauen gab es bis zum Eingreifen der RGO im Betriebsrat nicht; die Wohnverhältnisse waren schändlich, zu 8 Personen in 4-Bett-Zimmern in einem Wohnheim, sozusagen alle 12 Stunden die Matratze umdrehen... Wasch- und Toiletteneinrichtungen waren äußerst primitiv, ähnlich war es mit Kochgelegenheiten... All dem machte die RGO ein Ende. Sie war auch bei den Betriebsratswahlen so erfolgreich, daß sie die Mehrheit der Betriebsräte hätte stellen können, wenn - ja, wenn sie genügend Kandidaten gehabt hätte. Und das Ende vom Ganzen? Natürlich sah die Betriebsleitung und die offizielle Gewerkschaftsleitung nicht tatenlos zu. Nur: die haben ja Zeit, die haben allerlei Möglichkeiten. Das gibt es ja wo anders auch: falsche Anschuldigungen, Abmahnungen, immer wieder Einteilungen zur Nachschicht, Versetzung in andere Abteilungen und und und. Nach einigen Jahren jedenfalls hatten die Kapitalisten ihr Ziel erreicht: der Betrieb war RGO-frei, und auch die Belegschaft war nach und nach ausgetauscht worden, statt der eher aufmüpfigen Türken und Kurden gängete man nun friedlichere "Gastarbeiter" aus anderen Ländern. Kann man aus diesem Ablauf schlußfolgern, die RDG sei bei Siemens als **RGO** gescheitert? Wegen ihrer "linkssektiererischen Fehler"?

Die von uns angeführten drei Beispiele lassen unseres Erachtens auch eine andere Erklärung zu: die erwähnten Kolleginnen und Kollegen flogen oder wurden aus dem Betrieb gemobt, **weil sie den Klassenkampf aufgenommen hatten!** Kann man das als Linkssektierertum bezeichnen?

Der sowjetische Filmregisseur Eisenstein drehte in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts den Film "Streik". Er spielt im zaristischen Rußland, die Beschäftigten eines Großbetriebs treten gegen ihre schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen in den Streik. Die Kommunisten im betrieb unterstützen den Streik natürlich, organisieren die einzelnen Aktionen - das Ende jedoch war das Eingreifen des zaristischen Militärs, die umliegenden Hügel waren übersät mit den Leichen der ermordeten Streikenden - ist den am Streik beteiligten Kommunisten Linkssektierertum vorzuwerfen? Auf diese Idee ist bisher och niemand gekommen... Es war natürlich eine besondere Situation, die Arbeiter waren durch ihre Not

zum Kampf gezwungen, doch ähnliche Situationen gab es zumindest in der Weimarer Republik auch.

In einem Auto-Großbetrieb in Deutschland schlossen sich vor Jahrzehnten eine Reihe von mit der Gewerkschaftsarbeit unzufriedenen Kollegen zu einer Gruppe zusammen, in deren Namen ein "O" stand für "oppositionell". Daraufhin wurden alle bekannten Mitglieder dieser Gruppe aus der Gewerkschaft ausgeschlossen mit der Begründung, in einer Gewerkschaft habe es keine Opposition zu geben. Wohlgemerkt, sie hatten in ihrem Namen kein "R" für "revolutionär" und auch keinen anderen "verdächtigen" Buchstaben - das "O" war der Grund für ihren Rauschmiß, der Hinweis au Opposition also.

Zu Zeiten der von der KPD/ML unterstützten RGO gab es die Diskussion darüber, ob man das "R" nicht besser weglassen solle und sich nur als GO (Gewerkschaftsopposition) bezeichnen solle. Der Verzicht auf das "R" wurde damals als Zurückweichen angesehen, heute sind wir nicht mehr sicher, ob es nicht vielleicht doch besser gewesen wäre, auf das "R" (im Namen, nicht bei der Arbeit!) zu verzichten. Für die Bourgeoisie ist das offenbar nicht der entscheidende Buchstabe, sie schmeißt sie Leute wegen des "O" raus. Aber für u gewinnende Kollegen könnte das "R" ein Hindernis gewesen sein. RGO-Mitglieder von Siemens-Berlin berichten, daß es ihnen trotz aller Erfolge in der Arbeit und bei den Betriebsratswahlen nicht gelungen, neue Mitglieder zu gewinnen. War das "R" hier ein Hindernis? Nicht jeder, der bereit ist, eine andere Betriebsarbeit zu unterstützen, hat schon die Notwendigkeit der Revolution erkannt - für ihn bauen wir mit dem "R" im Namen ein unnötiges Hindernis auf dem Weg zu uns auf. Außerdem - das stimmt sicherlich auch - bieten wir mit der Bezeichnung **RGO** eine zusätzliche Angriffsfläche. Nur: angreifen wird er uns auf jeden Fall, und zwar wegen der Politik, die wir machen, wegen unseres Eingreifens in den Klassenkampf im Betrieb. Das Eingreifen in den Klassenkampf ist aber notwendig, auch wenn wir vor der Errichtung der Arbeitermacht dabei immer wieder Niederlagen erleiden werden. Den Vorwurf des Linkssektierertums nur mit dem Hinweis auf die Niederlage zu begründen, ist sicherlich falsch.

Beenden möchten wir diesen Text mit denselben Worten, mit denen wir ihn begonnen haben:

Zur Diskussion gestellt!





Sie hangeln sich von “Klimagipfel” zu “Klimagipfel”

Eigentlich müßten Umweltgipfel stattfinden, doch was die UNO seit 1979 zum erstenmal und seit 2005 jährlich in Kopenhagen, Bonn, Cancun... durchführt, läuft offiziell nur unter dem Namen “UN-Klimakonferenz” und in den Medien unter der Bezeichnung “Klimagipfel”. Und auch diese Namen sind Hochstapelei - man kann nicht einmal von “Temperaturgipfel” reden, andere Klimafaktoren als die Temperatur kommen dort kaum zur Sprache. Es dreht sich bei diesen Gipfeln fast alles um die sog. Treibhausgase und dabei fast ausschließlich um Kohlendioxid (CO_2). Diese Gase werden verantwortlich gemacht für den “Treibhauseffekt” oder auch “Gewächshauseffekt”.

Zu den “Treibhausgasen” gehören für das menschliche Auge unsichtbare Gase, die zwar den für unser Auge sichtbaren Anteil des eingestrahnten Sonnenlichts durchlassen, aber den von der Erdoberfläche reflektierten infraroten Bereich (“Wärmestrahlen”) absorbiert. Hier sind außer dem CO_2 z.B. zu nennen Methan (CH_4) und das sog. Lachgas (N_2O). Sie sind in sehr geringer Konzentration in der natürlichen Atmosphäre enthalten und sorgen durch das Zurückhalten der sonst ins Weltall abgestrahlten infraroten Strahlung für eine durchschnittliche Temperatur von $+15^\circ\text{C}$ - ohne sie läge diese Temperatur bei -18°C .

Kohlendioxid ist für Tiere und Menschen schädlich, deshalb wird es bei der Atmung ausgeschieden. Dennoch: ohne CO_2 könnten Tiere und Menschen nicht überleben; Pflanzen benutzen dieses Gas, um im Prozeß der Photosynthese die aufgenommene Sonnenenergie in chemische Energie umzuwandeln (Traubenzucker, Stärke). Diese bzw. die aus ihnen aufgebauten Stoffe dienen den Tieren einschließlich des Menschen als Nahrung. Für diesen Prozeß benötigen die Pflanzen außer CO_2 und Licht noch Wasser und für den Aufbau ihres Körpers verschiedene Nährsalze. In der Landwirtschaft kann der Pflanzenertrag dadurch

gesteigert werden, daß man den Pflanzen die von ihnen benötigten Stoffe in größerer Menge zur Verfügung stellt. Für gewöhnlich sind Stickstoff und Phosphor solche Mangelstoffe, sie können als Dünger direkt auf die Felder gegeben werden. Bei CO_2 geht das natürlich nicht, es ist zum einen insofern giftig für Mensch und Tier, als es bei einer Konzentration von 4-5 % betäubend wirkt und bei 8 % zum Tod durch Ersticken führt, zum anderen ist es ein Gas und verflüchtigt sich - daher kann es nur in geschlossenen Räumen (Gewächs- bzw. Treibhäusern) in höherer Konzentration zugegeben werden - hier haben wir eine weitere Erklärung für die Bezeichnung “Treibhausgas”, und die hat mit Temperatur bzw. Wärme gar nichts zu tun. Die für das Leben wichtigsten Elemente sind Kohlenstoff (C), die Gase Sauerstoff (O_2) und Wasserstoff (H_2) sowie in Form ihrer Salze Stickstoff (Nitrat), Schwefel (Sulfat) und Phosphor (Phosphat). Sie bilden die Grundbausteine der sog. “organischen” Verbindungen. Nach dem Tod eines Lebewesens werden sie durch sog. Destruenten (Bakterien und Pilze) wieder in die ursprünglichen Grundbausteine abgebaut und stehen so anderen Lebewesen wieder zur Verfügung im Stoffkreislauf. Steht Sauerstoff als O_2 zur Verfügung, so werden aus den Verbindungen der drei Stoffgruppen Kohlehydrate (Zucker, Stärke), Fette und Eiweiße die C-haltigen Molekülteile zu CO_2 , die S-haltigen zu SO_2 und die N-haltigen zu NO_2 ; da in der Atmosphäre für gewöhnlich auch Wasser (H_2O) vorhanden ist, verbinden sie sich eventuell zu den Säuren H_2CO_3 , H_2SO_4 und HNO_3 . Steht kein Sauerstoff für den Abbau zur Verfügung, so entstehen mit Hilfe sog. Fäulnisbakterien Methan CH_4 , Schwefelwasserstoff (H_2S) und Ammoniak (NH_3) - man sieht, ihre Moleküle enthalten kein O; die beiden letzteren Abbauprodukte sind giftig, worauf schon ihr Geruch hinweist.

Der Abbau energiereicher toter “organischer”

Substanz ist ein natürlicher Prozeß im Stoffkreislauf. Die Pflanzen erzeugen mittels der Photosynthese viel mehr energiereiche chemische Bausteine, als sie selbst für ihr Leben und zur Versorgung des Nachwuchses brauchen. Von dem Überschuß ernähren sich die Tiere inklusive Mensch, doch auch hierbei werden nicht alle energiereichen Verbindungen verbraucht. So steckt z.B. im toten Holz noch die ehemalige Sonnenenergie - wir können sie uns beim Verbrennen als Wärme zunutze machen. Doch auch Kohle, Erdgas und Erdöl sind im Laufe von vielen Millionen Jahren entstandene Stoffe, in denen die von den damals lebenden Pflanzen gewonnene (Sonnen-)Energie noch vorhanden ist. Kohle ist gewissermaßen "versteinertes CO₂"; in ihr - wie auch in Erdöl und Erdgas - ist nicht nur die Sonnenenergie chemisch gespeichert, sondern auch das über Jahrtausende hinweg der Atmosphäre in winzigsten Mengen entzogene CO₂. Dieses CO₂ wird nun durch die Verbrennung der Kohle, des Erdöls, des Erdgases in einem viel kürzeren Zeitraum der Atmosphäre wieder zugeführt, nämlich im Verlauf von allenfalls etwa 3-4 Jahrhunderten. Würde es etwa mit derselben Geschwindigkeit wieder in den Stoffkreislauf zurückgeführt, mit der es vor Millionen Jahren ihm entzogen wurde, so gäbe es keine Probleme. Doch das ist leider nicht der Fall - und hier schlägt für jeden erkennbar die Quantität in die Qualität um. Folge ist aber nicht nur ein anthropogener, d.h. durch den Menschen verursachter, weltweiter Anstieg der Temperatur, Folge ist z.B. auch der Anstieg des Säuregrades des Regens. "Saurer Eegen" wurde in den vergangenen Jahren durchaus als Teil der allgemeinen Umweltzerstörung zugegeben, ist aber in den letzten Jahren etwas aus der Mode gekommen, obwohl er immer noch ein Problem ist.

Pflanzen und Tiere atmen im Zusammenhang mit dem "Verbrennen" ihrer Nährstoffe für den Eigenbedarf CO₂ aus, dieses Gas ist also von Natur her in der Atmosphäre vorhanden (um 1986 zu 0,03 Prozent, im Jahr 2011 schon zu 0,039 Prozent). Wasser in Form von Wasserdampf (Wolken) ist für gewöhnlich ebenfalls vorhanden. Beide verbinden sich - wie schon erwähnt - mit einander zu Kohlensäure (H₂CO₃), woraus ersichtlich ist, daß "normaler" Regen etwas sauer ist.

Das bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe freigesetzte CO₂ erhöht diesen Säuregrad (pH-Wert) jedoch um ein Vielfaches; hinzu kommt, daß auch

aus den Verbrennungsprodukten schwefel- und stickstoffhaltiger Molekülteile zusammen mit H₂O Säuren entstehen.

Bis vor etwa 300 Jahren war die (Um-)Welt sozusagen noch in Ordnung. Umweltzerstörungen durch den Menschen gab es kaum. Hier können allenfalls die Schäden angeführt werden, die durch das Abholzen der im Mittelmeerraum bis dahin wachsenden Wälder für den Haus- und Schiffsbau angeführt werden. Doch ob das tatsächlich die Ursache für die Verkarstung, für die Herausbildung der Hartlaubgewächzone (Macchie bzw. Maquis) ist, erscheint zumindest fraglich, wenn man sich vor Augen führt, daß es ähnliche Biotope auch in Asien, Australien, Afrika und Amerika gibt - und da haben die "Weißen" erst seit einigen Jahrhunderten abgeholzt...

Von "Fachleuten" und solchen, die es zu sein behaupten, werden allerdings nicht erst in den letzten Jahren jegliche negativen Auswirkungen der auf Profitmaximierung ausgerichteten industriellen Produktion bestritten. So wird z.B. behauptet, daß es erstens keine nachweisliche Erderwärmung gäbe und daß es zweitens "früher" (d.h. vor dem ersten Auftreten des Menschen vor 50-100tausend Jahren) auch Klimaschwankungen gegeben habe; damit sei angeblich bewiesen, daß "der Mensch" mit dem jetzigen Klimawandel nichts zu tun habe. Die negativen Auswirkungen durch "den Menschen" lassen sich allerdings vielfach nachweisen. So kann man z.B. diejenigen Tierarten, zu deren Aussterben der Mensch bis vor etwa 300 Jahren eventuell beigetragen hat, an den Fingern abzählen. Uns fallen da ein das Mammut, das Ur(rind), die Stellersche Seekuh, der Riesenvogel Dromedarius, und dann kommen wir schon ins Stocken. Vielleicht gab es noch die eine oder andere Art mehr - aber eine "Rote Liste" gab es vor 300 Jahren noch nicht. Sie wurde erst nötig, nachdem "der Mensch" auf der unaufhörlichen Jagd nach Höchstprofiten die ganze Erde diesem Streben unterworfen hat - bis hin zum Tiefseeboden, wie die jüngsten Ereignisse zeigen.

Hier zeigt sich, wer in Wirklichkeit "der Mensch" ist - nicht Du oder wir, liebe Leserin, lieber Leser, sondern die Kapitalisten. Die Einführung des Kapitalismus bedeutete nicht nur Ausbeutung, Knechtung, Verelendung der absoluten Mehrheit der Menschen (es läßt sich leider nicht bestreiten: naturwissenschaftlich gesehen gehören die Kapitalisten zur Art bzw. Unterart Homo sapiens sapiens

- aber das ist auch schon alles...), die Einführung des Kapitalismus bedeutete auch immer größere Zerstörung der Umwelt mit der nicht auszuschließenden Gefahr, daß der Kapitalismus nicht nur der Menschheit die Existenzgrundlage entzieht. Sollten wir da nicht lieber den Kapitalismus beseitigen, bevor er uns beseitigt?

Es ist nichts Neues, daß die Vertreter der "Freien Marktwirtschaft", die Apologeten der "abendländischen Leidkultur", der FDGO (das ist nicht so etwas Unanständiges wie der FDGB!!!) versuchen, naturwissenschaftliche Erkenntnisse dazu benutzen, um ihre Herrschaft, um den Kapitalismus als "natürlich" zu rechtfertigen. Auf Physik, Technik und Chemie brauchen wir da nicht näher einzugehen, Fortschritte auf diesen Gebieten werden zur Steigerung des Profits eingesetzt, das weiß jeder. Und Du sollst auch nur gesund werden, damit Du wieder arbeiten kannst...

Doch auch viele Bereiche der Biologie werden herangezogen, um nachzuweisen, daß "das Streben nach Macht" für den Menschen natürlich ist und der Sozialismus bzw. Kommunismus der menschlichen Natur zuwider spräche (erheiternder Weise kommen solche "Argumente" zumeist von Nichtnaturwissenschaftlern). So wurden die Erkenntnisse Darwins sofort (!) dazu, um bereits vor Charles Darwin existierende ideologische Vorstellungen mit der Bezeichnung "Sozialdarwinismus" zu versehen und damit das Abschlachten von Menschen als angeblichen "Kampf ums Dasein" zu beschreiben, in dem dann "natürlich" der Stärker (oder der Geeigneter - das spielt hier keine Rolle) sich durchsetzt und den Schwächeren (= nicht so Fähigen) ausrottet - natürlich!! Nur: der "Kampf ums Dasein" endet bei den Sozialdarwinisten (und in der kapitalistischen Konkurrenz um Marktanteile!!) mit der Ausrottung des Unterlegenen, während er nach Darwins Erkenntnissen dadurch, daß die Konkurrenten einander nicht abmurksen, sondern sich ausweichen, zu einer ungeheuren Artenvielfalt führte. Man kennt heute mehr als 1,3 Mio verschiedene Tierarten und mehrere hunderttausend verschiedene Pflanzenarten - dabei gehen Wissenschaftler davon aus, daß noch nicht einmal die Hälfte der tatsächlich existierenden Arten bekannt sind. Die Entwicklung einer ungeheuren Vielfalt also solange bis - ja, bis "der Mensch" begann, auf der Jagd nach Maximalprofit immer mehr Arten auszurotten

Doch es ist nicht nur die Evolutionslehre Darwins,

die von den Kapitalisten für ihre Zwecke mißbraucht wird. Die Biologen de Vries, Tschermak und Correns entdeckten unabhängig voneinander im Jahr 1900 die bereits 1865 von Gregor Mendel herausgefundenen, zu seinen Ehren später als "Mendelsche Regeln" bezeichneten Zusammenhänge neu und begründeten die Vererbungslehre (Genetik). Ihre Erkenntnisse wurden unmittelbar danach von "Wissenschaftlern" der Bourgeoisie dazu mißbraucht, den Rassismus zu rechtfertigen und damit die angebliche Überlegenheit bzw. Unterlegenheit sog. "Rassen" (den Begriff gibt es in der Biologie nicht oder er ist zumindest sehr ungebräuchlich - es gibt ihn allerdings in der Viehzucht...) und über angeblich angeborene bzw. nicht angeborene Fähigkeiten zu fabulieren.

Seit etwa Mitte des vorigen Jahrhundert wird auch die Ethologie (Verhaltensforschung) als seriöse Teilwissenschaft der Biologie betrieben. Und auch hier versuchten die Anhänger der "freien Marktwirtschaft", etwas für sich herauszuholen. Der Verhaltensforscher Konrad Lorenz, den man kaum als Widerstandskämpfer gegen die Nazis bezeichnen kann, erfand - auf dem Höhepunkt der sog. 68er-Unruhen - den Agressionstrieb und erhielt dafür sogar den Nobelpreis.

Mit einem Teilbereich der Biologie kommen die Kapitalisten allerdings gar nicht klar: mit der Umweltforschung (Ökologie). Die Ökologen zeigen die negativen Auswirkungen auf z.B. von

- Flußbegradigungen
- Monokulturen
- Großfelderwirtschaft
- Überdüngung
- Artenarmut bzw. Artenausrottung
- Abholzen von Wäldern
- Mastviehzucht
- Übersäuerung von Böden und Gewässern
- Chemischer Schädlingsbekämpfung
- Gentechnik

Diese Liste ließe sich fortsetzen. All die oben angeführten Maßnahmen samt denen, die man noch ergänzen könnte, werden zum Erzielen eines Maximalprofits der Kapitalisten durchgeführt. In gewisser Weise ist die Ökologie eine antikapitalistische Wissenschaft, denn sie zeigt der Bourgeoisie eindeutig die Ausbeutungsgrenzen der Natur auf. Das erklärt wohl auch den Haß der herrschenden Kräfte auf politische Gruppierungen, die sich den Umweltschutz auf ihre Fahnen geschrieben haben und sich noch nicht kaufen ließen.

“Die Rente ist sicher” - in Deutschland und anderswo...

Land auf und ab verkünden Politiker und andere “kluge” Experten: Wer älter wird, muss länger arbeiten.

Und weil es in der gesamten EU immer mehr Alte und zu wenig Junge gibt, soll das Rentenalter an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden. Darüber hat die EU-Kommission Mitte Juli beraten. Dann müsste auch das deutsche Rentenalter von künftig 67 Jahre wahrscheinlich noch stärker angehoben werden. Der IWF machte sich jetzt allerdings gegenüber der Ukraine nicht die Mühe, die Zunahme der Lebenserwartung als Argument für die Anhebung des Rentenanstiegs vorzuschieben, sondern übte knallhart wirtschaftlichen Druck aus nach dem Motto: Solange Du noch Saft in den Knochen hast, mußt Du arbeiten, nur eine ausgepreßte Zitrone wird weggeschmissen....

Vom Internationalen Währungsfond erzwungen:

Ukrainisches Parlament verabschiedet Rentenreform

Entweder ihr erhöht das Renteneintrittsalter oder wir beenden die Zusammenarbeit. Der Befehl wird ausgeführt - keine langen Tricks mehr.

KIEW, 08. Juli

Das ukrainische Parlament hat in der Nacht zum Freitag eine Rentenreform, die eine allmähliche Heraufsetzung des Renteneinstiegsalters für Frauen von 55 auf 60 Jahre vorsieht, verabschiedet, berichtet ein RIA-Novosti-Korrespondent.

Für die entsprechende Entscheidung stimmten 248 Abgeordnete. 226 Stimmen wären für die Verabschiedung der Rentenreform notwendig gewesen.

Das Gesetz tritt ab 1. Januar 2012 in Kraft.

Die Rentenreform sieht eine etappenweise Erhöhung des Renteneinstiegsalters für Frauen vor. In den nächsten zehn Jahren soll das Renteneinstiegsalter für Frauen jedes Jahr um sechs Monate heraufgesetzt werden.

Die Reform betrifft jedoch nicht nur die Frauen. Männer, die sich im Staatsdienst befinden, können zukünftig erst mit 62 Jahren, anstatt der bisher üblichen 60 Jahre, in Rente gehen.

Die Verabschiedung der Rentenreform ist für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und dem Internationalen Währungsfonds notwendig.

* * *

Und wie sieht es in Deutschland aus?

Hier wurde nicht nur das Renteneintrittsalter erhöht, auch die Renten selber wurden gekürzt. Beispiel BRD: Dort wurden die Renten seit 2001 real gekürzt

Nach Informationen des Bundes-“Arbeits”-Ministeriums blieben die nominalen Rentenerhöhungen in den vergangenen zehn Jahren hinter der Inflationsrate zurück. Dies brachte eine Anfrage der Linkspartei im Bundestag zutage. Real wurden die Renten daher seit 2001 um 7 Prozent gekürzt. Gerade für einen großen Teil der RentnerInnen, die am Existenzminimum leben, machten sich die geringfügigen nominalen Rentenerhöhungen und gelegentlichen “Nullrunden” schmerzlich bemerkbar. Ihre Kaufkraft nahm seit 2001 deutlich ab. Sie klagen zu recht über einen sinkenden Lebensstandard. Insgesamt ist mit 20,2 Millionen RentnerInnen ein Viertel der deutschen Bevölkerung betroffen.

Nach den von der Bundesregierung vorgelegten Zahlen stiegen die Preise in Deutschland von 2001 bis 2010 um durchschnittlich 1,36 Prozent pro Jahr. Die Renten hingegen wurden im gleichen Zeitraum lediglich 0,82 Prozent pro Jahr erhöht. Unter Berücksichtigung der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, die die RentnerInnen zu zahlen haben, schrumpft dieses scheinbare Plus bereits weiter auf nur 0,56 Prozent. Die Inflation jedoch kehrte das Plus endgültig ins Minus um. Während sich die ParteipolitikerInnen selbst im entsprechenden Zeitraum deutliche reale Steigerungen der Diäten genehmigten, wurden die Renten zwischen 2001 und 2010 real um 7 Prozent gekürzt.

Griechenland: Proteste gegen “RETTUNGSPAKETE”



bAthen 29. Juni 2011 - Die Fratze der Bürgerlichen Demokratie: 80% sind gegen den Raubzug, das Parlament - geschützt auf den Gewaltapparat Polizei - stimmt dafür.

Genau genommen ist das Rettungspaket für Griechenland kein Geschenk oder Zuschuss für die werktätige Bevölkerung, sondern ein weiteres Rettungspaket für europäische Großbanken, ein Kredit mit hohen Zinsen zu Lasten der Bevölkerung. Rettungspakete werden nicht geschnürt, damit Löhne und Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst und Renten ausbezahlt werden können, sondern damit deutsche und französische Banken ihre Kredite und Zinsen zurückerhalten. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wird Griechenland zwischen 2009 und 2014 etwa 131 Milliarden Euro zur Refinanzierung und Tilgung seiner Schulden aufbringen müssen. Das ist weit mehr als die ursprüngliche Kreditsumme von 110 Milliarden Euro. In einem magischen Handstreich werden die deutschen und französischen Arbeiter gezwungen, die Banken ihrer Länder zu retten. Diesmal nicht direkt wie 2008/2009, sondern durch die Vermittlung Griechenlands, das damit unverzüglich zum Gegenstand populistischer Empörung wurde. Auf der anderen Seite zwingt man die griechische Regierung, als Vorbedingung für den Erhalt der Kredite einen ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenbruch zu provozieren, wie er bisher für Westeuropa in Friedenszeiten unvorstellbar war. Der Verlust der wirtschaftlichen Souveränität geht

mit beispiellosen Angriffen auf die politische und juristische Integrität des Landes einher. Inspektoren von IWF und EU statten dem Land regelmäßig Besuche ab, prüfen die Bilanzen und diktieren die Politik. Es genügt noch nicht einmal, dass die Regierung kapituliert: Alle politischen Parteien müssen die neuen Sparmaßnahmen akzeptieren, bevor die nächste Tranche fließt. So entsteht klammheimlich eine neue Form des Kolonialismus, in dem die Brüsseler Eliten den europäischen Süden wie einen armen, rechtlosen Bittsteller behandeln.

Vor 50 Jahren: Mauer und Todesstreifen um die DDR

Unsere Partei hat die Errichtung der Mauer in Berlin und den Todesstreifen schon immer abgelehnt - “unter Stalin gab es keine Mauer”.

Als am 13. August 1961 in Berlin mit dem Mauerbau begonnen wurde, taten die westlichen politischen Kräfte völlig überrascht und vergossen und vergießen seitdem Krokodilstränen für die ermordeten Opfer. Dabei wußten sie längst vorher Bescheid und ihre “Trauer” galt in Wirklichkeit einer verstopften Profitquelle.

Walther Ulbricht behauptete schon am 15. Juni 1961: “Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten”. Diese Aussage wird zwar zu Recht als große Lüge bezeichnet, doch beweist dieses Dementi Ulbrichts, daß der Mauerbau zu diesem Zeitpunkt schon im Gespräch war und damit auch den “Westmächten” bekannt, sonst hätte es des Dementis nicht bedurft.

Das wird auch noch durch etwas anderes belegt: bis zur Errichtung der Mauer profitierten die Kapitalisten in Westdeutschland vom Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR, deren Ausbildung sie keinen Pfennig gekostet hatte, weil die Bevölkerung der DDR sie bezahlt hatte. Dieser Zustrom riß mit dem Mauerbau natürlich ab und die westdeutschen Kapitalisten mußten sich woanders nach billigen Arbeitskräften umsehen. Das taten sie auch: der “Gastarbeiter” wurde im wahrsten Sinne des Wortes wieder eingeführt und gefunden in Spanien, Italien, Griechenland, der Türkei... und zwar bezeichnender Weise schon ab 1960, also **vor** dem Mauerbau!

Faschistische Morde in Norwegen: Das Massaker des Tempelritters



<http://www.revolusjon.no/>

Stellungnahme der marxistisch-leninistischen Gruppe "Revolusjon", Norwegen vom 25.7.11

Bei dem faschistischen Anschlag in Norwegen wurden 80-100 Menschen ermordet. Er zielte auf politisch Aktive und die Organisierung der fortschrittlichen und demokratischen Jugend im Besonderen.

Am 22. Juli war Norwegen Schauplatz des schlimmsten terroristischen Angriffes in den nordischen Ländern seit dem 2. Weltkrieg, wahrscheinlich sogar des schlimmsten systematischen Massakers an Jugendlichen in der neueren Geschichte.

Die Zahl der Toten wird bis jetzt auf rund 80 Menschen geschätzt, von denen 68 vor allem Jugendliche sind, die am Sommerlager der AUF (Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei) teilnahmen.

Jetzt wissen wir, dass es keine fanatischen Islamistaen waren, sondern der blonde, konservative Junge, Unternehmensgründer, Freimaurer und früheres Mitglied der "Fortschrittspartei" (rechte, rassistische Partei, Anmerkung des Übersetzers) Anders Behring Breivik (32), der verantwortlich für die Bombe von Oslo und das Massaker an den 68 AUF-Jugendlichen auf Utoya ist. Er hat diese Verbrechen gestanden.

Selbst wenn sich herausstellt, dass er die Tat selbst beziehungsweise nur mit wenigen Helfern ausgeführt hat, ist Anders Behring Breivik nicht isoliert und kein zufälliger Abschaum. Dieses Verbrechen wurde sorgfältig und über lange Zeit geplant, und weder die Ideen noch die Methoden wurden von Behring Breivik selbst erfunden. Seine geistigen

Anstöße stammen offensichtlich aus einer Serie blutiger Anschläge, die von christlich-faschistischen Gruppen in den USA verübt wurden, Aktionen gerichtet gegen staatliche Gebäude, Abtreibungskliniken und Schulmassaker, die von Einzeltätern verübt wurden.

Islamophobie und Faschismus

Immer offensichtlicher wird die Tatsache, dass er Teil eines extrem reaktionären und islamfeindlichen Milieus war, das das Internet als seine Brutstätten nutzt, darunter die norwegische Webseite document.no. Durch Seiten dieses Typs verbreiten sie ihren Hass und stacheln sich gegenseitig an. Dazu nutzen sie aktiv Diskussionsforen in den "seriösen" Online-Medien. Von Breivik, der sich als Anti-Nazi und Pro-Zionist darstellt, wird berichtet, dass er Rausschmeißer bei Nazi-Organisationen war und in Verbindung zur faschistischen EDP (Englischen/European Defense League).

Neben einem wilden rassistischen Hass gegen Muslime und "marxistische Humanisten", welche die Immigranten und Flüchtlinge verteidigen, hat diese Umfeld eine Verschwörungstheorie konstruiert, wonach die offizielle "politische Korrektheit" Norwegens, repräsentiert durch die Regierung des Landes, angeblich als "Mehrheitsdruck" gegen die "nationalen" und "patriotischen" Positionen von Breivik und seinesgleichen agieren.

Bei Betrachtung der Tatsache, dass das Sommerlager auf Utoya (eine Insel ca. 50 km von Oslo entfernt) das Hauptziel war, wird offensichtlich, dass dies mit dem offen anti-rassistischen Profil der

AUF (der größten und einflussreichsten politischen Jugendorganisation Norwegens, Anmerkung des Übersetzers) zusammenhängt wie auch mit den engen Verbindungen der AUF zum politischen Machtzentrum.

Ein Tempelritter gegen Islam und Marxismus

Breivik hat laut Dagbladet und TV2 vor kurzem seine detaillierten Pläne im Web veröffentlicht. Der Freimaurer Breivik betrachtet sich als Tempelritter und Kreuzzügler, der die Speerspitze im Kampf gegen Marxismus und Islamismus ist. Trotzdem – oder gerade deswegen? - war Breivik niemals unter Beobachtung durch die politische Polizei PST, die sich seit Jahren so stark auf die islamistischen Gruppen in Norwegen konzentriert hat, dass die brodelnden faschistischen Netzwerke mehr oder weniger ignoriert wurden. Polizei und Terrorexperthen des Militärs stellen die Islamfeindlichen als etwas von den gewalttätigen Nazigruppen “gänzlich Verschiedenes” dar. Sie behaupten, dass der Abstand zwischen Breiviks hasserfüllten Stellungnahmen und den Taten, die er nun begangen hat, so groß sei, dass es keine Notwendigkeit gab, ihn zu beobachten. Das ist eine Erklärung, die der Realität nicht standhält, insbesondere wo jeder, der nur minimales Wissen über diese Communities hat, weiß, dass Teile der Nazi-Community ihre äußere Erscheinung umfrisieren, um sich genießbarer zu machen. Sie sind sogar gewillt, sich von der Nazi-Ideologie zu distanzieren, wenn es nötig erscheint, um mit so genannten “nationalen” Gruppen zu kooperieren oder diese zu infiltrieren.

Auch wenn Breiviks Ansichten äußerst extrem sind, so ist es auch eine traurige Tatsache, dass norwegischer “Patriotismus” und hasserfüllte Äußerungen über Muslime auch von “normalen” Norwegern ausgespuckt werden, insbesondere wenn sie nach einigen Bierchen in “Partylaune” sind. Wir sollten die Tatsache nicht beschönigen, dass es eine starke verdeckte Strömung von rassistischen und fremdenfeindlichen Haltungen gibt, die von den Medien und den Politikern der meisten Parteien systematisch erweitert und geistig unterstützt werden. Das ist die alltägliche Realität seit dem Beginn des “Krieges gegen den Terror” 2001. Die netten Worte von “Inklusion” und “Toleranz” haben wenig Wert, wenn die Realität zeigt, dass besonders Flüchtlinge aber ebenso gut integrierte Immigranten von der Polizei und den Be-

hörden mit Methoden der Kriminalisierung und der Schikane behandelt werden. Eine Anzahl von Immigranten erfahren diese “Toleranz” in Form von gewaltsamer Abschiebung, in der Regel unter Verletzung der Menschenrechtsprinzipien der UN.

Die Haltung der norwegischen Gesellschaft basiert mehr auf dem, was die politische Führung und ihre Bürokratie praktiziert, denn auf dem, was sie in ihren Reden und Ansprachen sagt.

Das Massaker sollte zum Erwachen führen

Nicht-europäische Immigranten und Flüchtlinge in Norwegen können nun aufatmen. Am Nachmittag des 22. Juli, in den ersten Stunden nach der Explosion in der Nähe des Regierungssitzes, aber vor der Schießerei auf Utoya braute sich eine bedrohliche Atmosphäre zusammen. In den Redaktionen der Medien war bereits die Schlussfolgerung auf dem Tisch, jedoch noch nicht gedruckt, dass dies ein terroristischer Anschlag der extremen Islamisten war. Die Hetzer der Fortschrittspartei polierten ihre Medienstrategie, wie sie die Flüchtlinge und Muslime allgemein mit dem Schmiedehammer klein schlagen, und so umgekehrt ihre fallenden Umfragewerte erhöhen könnten. Hassbotschaften gegen Muslime blühten zu tausenden auf Twitter und Facebook am Nachmittag dieses verhängnisvollen Freitags. Wir hoffen, dass diese “Twitterer” an ihren eigenen Lügen ersticken und sich vor Scham über sich selbst übergeben müssen.

Wenn man diese unvorstellbare Tragödie betrachtet, die jetzt stattgefunden hat, so ist es, trotz allem, besser, dass diese von einem christlichen, norwegischen Faschisten und Rassisten begangen wurde und nicht verrückte Dschihadisten schuldig waren. Dies könnte ein Weckruf für das Volk, ein Rückschlag für Vorurteile und alltäglichen Rassismus sein. Und vielleicht kann es zu einem Ausgangspunkt für politischen Druck werden, um diese faschistischen Gruppen und Gemeinschaften, die ihren kriminellen Rassismus als “nationale Ideologie” tarnen, zu verbieten.

Wenn Rassismus und Nazismus nicht überall da, wo sie ihr hässliches Gesicht zeigen, zerschlagen werden, wird der Boden weiter für faschistische Tempelritter und Massenmörder vom Kaliber eines Behring Breivik fruchtbar sein.

(<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1718>)

Der Massenmörder Breivik - KEIN IRRER!



Deutscher Orden: klerikal-militaristischer Traditionsverband

Adenauer: Mitglied des Deutschen Ordens, seit 1951 Magistral-Großkreuzritter des Souveränen Malteserordens

Breivik hatte in seinem "Manifest" behauptet, im Jahr 2002 in London den "Neuen Tempelritterorden" mitgegründet zu haben, um einen "Kreuzzug" gegen "Marxisten und Muslime" zu führen. Auf dem Titelblatt seines "Manifests" prangt zudem das rote Kreuz der Tempelritter. Er bezeichnet sich selbst als konservativen Christen.

Ein Irrer, Verrückter, soll er sein, Muttersöhnchen soll er gewesen sein. Kein Wort darüber, dass die Gesellschaft den Menschen formt. Auch Hitler war ja ein Irrer, ein Einzelgänger... "Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein" (Karl Marx). Und dieses gesellschaftliche Sein prägte auch Behring Breivik.

Eine Kurzbiographie:

Anders Behring Breivik wurde am 13. Februar 1979 in Oslo geboren. Er wuchs in gut situierten Verhältnissen im Osloer Westen auf. Nach eigenen Angaben legte Breivik sein Abitur am Handelsgymnasium Oslo ab. Er versuchte erfolglos, verschiedene Firmen zu etablieren, so etwa ein Unternehmen, das sich auf den Verkauf ausländischer Waren in Norwegen spezialisierte, sowie ein Online-Handelsgeschäft. Im Mai 2009 ließ er das in der Gemeinde Åmot ansässige Agrarunternehmen "Breivik Geofarm" im Handelsregister eintragen. Laut Registereintrag wollte sich Breivik dem "Anbau von Gemüse, Melonen, Wurzel- und Knollengewächsen" widmen.

Breivik war von 1999 bis 2006 Mitglied der rechtspopulistischen Fremskrittspartiet. (Wahlergebnis: 20%) Zwischen 1997 und 2007 engagierte er sich in der Jugendorganisation dieser Partei und war dort in verschiedenen Funktionen tätig, unter anderem im Vorstand des Ortsverbandes Oslo West (Oktober 2002 bis November 2004). Von Januar bis Oktober 2002 hatte er den Ortsverband geleitet. Breivik war bis zum Bekanntwerden seiner Tat Mitglied der Johannisloge "St. Olaus til de tre Sjøiler", einer christlichen norwegischen Freimaurerloge, in der er den dritten Grad erworben haben soll. Nach eigenen Angaben gehörte Breivik mehrere Jahre dem Oslo Pistolklubb, einem Sportschützenverein in Oslo, an.

Breivik zählte nicht zu der (relativ kleinen) Fraktion der europäischen extremen Rechten, die beispielweise offen Adolf Hitler verehrt. Vielmehr zählte er zu dem Teil des rechten Spektrums, das besonders gegen "den" Islam hetzt, das zionistische Israel unterstützt und sich auf "westliche Werte" beruft (Markwirtschaft, Kapitalismus). Kurz, zu der Strömung, die ihre Ideologie nicht aus dem Nationalsozialismus schöpft, sondern eher an die fanatischen Teile der "Tea Party" in den USA, die Siedlerbewegung in Israel u. ä. anknüpft.

Auf der Webseite "Document.no", schrieb er unter anderem: "Die Leute müssen wissen, was die herrlichen multikulturelle Lehren Europa angetan haben: die systematische Zerstörung der europäischen Christenheit, der Traditionen, der Kultur, der nationalen Identität und der Souveränität. Diese politischen Mechanismen konnten nur zur Islamisierung Europas führen." Dafür wiederum seien "der 68er Geist" sowie der allgegenwärtige, "Marxismus" – den er bei Sowjetkommunisten ebenso wie bei kreuzbiederer Sozialdemokraten sieht – verantwortlich. Breivik, schreibt: "Wenn Westeuropa und die USA nach dem Zweiten Weltkrieg alle Marxisten ins Gefängnis gesteckt und die marxistische Ideologie als genau so hassenswert wie den Nazismus betrachtet hätten, wären wir nicht an dem Punkt angelangt, wo wir sind".

bazonline.ch/ausland/terror-in-norwegen/Manche-Ideen-von-Breivik-sind-ausgezeichnet/story/29360067?dossier_id=996

Basler Zeitung:

Manche Ideen von Breivik sind ausgezeichnet+

Fünf Tage nach dem Massaker in Norwegen ist es offenbar kein Tabu mehr, mit den Ideen des Attentäters Breivik zu sympathisieren. Gleich mehrere ranghohe Rechtspolitiker sorgen zurzeit für Furore.

Fünf Tage nach dem Massaker auf der norwegischen Insel Utøya sitzt der Schock immer noch tief. Die ganze Welt verurteilt die Tat von Anders Behring Breivik, der von sich selbst sagte:



Paradiesvogel aus Norwegen

"Ich werde als das grösste Monster beschrieben werden" – eine Aussage, die wohl die meisten unterschreiben würden.

Doch in seiner politischen Gesinnung hat Breivik durchaus seine Anhänger. Wer dies offen ausspricht, dem werden in der Regel sofortige Sanktionen angedroht. Der italienische Europarat-Abgeordnete der Lega Nord, Mario Borghezio, muss mit einem Ausschluss aus seiner Partei rechnen. Auch eine Klage drohe ihm, schreibt der "Guardian".

"100 Prozent der Ideen Breiviks sind richtig"

Den Ärger handelte er sich mit einer Aussage ein, die selbst seine Parteikollegen erzürnt. In einem Radiointerview bekundete er nicht nur Sympathien mit dem Gedankengut Breiviks, sondern lobte es in den höchsten Tönen: "100 Prozent der Ideen Breiviks sind richtig, manche sind sogar ausgezeichnet", sagte Borghezio. Zudem sei es die Schuld der Migranteninvasion, wenn solche Ideen in Gewalt münden.

Wie die "Krone Zeitung" schreibt, entschuldigte sich die Parteileitung der Lega Nord umgehend für die "schrecklichen Worte". Borghezio fasele "Verrücktheiten", die nichts mit der Linie der Partei zu tun hätten, erklärte Lega-Minister Roberto Calderoli. Rückendeckung erhielt der Politiker allerdings von einzelnen Parteikollegen. EU-Parlamentarier Francesco Speroni sagt, Breivik habe Ideen ausgedrückt, die mit dem Schutz der westlichen Zivilisation zusammenhängen würden.

Der ehemalige Minister Berlusconis betonte zudem, dass er einverstanden sei, diese Ideen zu schützen, falls es darum ginge, dass man die christlich-westliche Zivilisation+ schützen müsse.



*Lobt Breiviks Gedanken in den höchsten Tönen:
Europarat-Abgeordneter Mario Borghezio*

Sympathisanten in Frankreich

Auch in Frankreich genießt Breivik Sympathien: Die rechtspopulistische französische Partei "Front National" musste vor kurzem eines ihrer Mitglieder wegen umstrittener Äusserungen zu den Anschlägen in Norwegen suspendieren. In seinem Blog hatte Jacques Coutela den Attentäter Anders Behring Breivik als Ikone bezeichnet. Partei-Sprecher Alain Vizier erklärte, dass Coutelas Worte nicht den Auffassungen der Partei entsprechen.

Coutelas soll sich den Angaben zufolge vor einer parteiinternen Kommission verantworten müssen. Der Beschuldigte sagte, er habe die Meinung eines Dritten zitiert und verurteile die Anschläge.

Defensiver drücken sich die Rechtspolitiker in der Schweiz aus. Toni Brunner beschrieb die Tat in einem Videointerview als Katastrophe. Dennoch könne er verstehen, dass es Leute in Westeuropa gebe, die sich benachteiligt und bedroht fühlten und deshalb ein gewisses Frustrationspotenzial anhäuferten, sagte der SVP-Präsident. Die Aufgabe der Politik sei es, dieses Frustrationspotenzial aufzufangen, indem die Themen angesprochen würden, so Brunner.

Im deutschen Fernsehen wurden einige Zitate aus dem "Manifest" des Massenmörders zitiert. Die Positionen sind uns nicht unbekannt - man kann sie leider fast täglich in Leserbriefen in den Tageszeitungen wiederfinden. Es ergibt sich die Frage: Wer hat von wem abgeschrieben - der selbsternannte Tempelritter von beispielsweise Pro NRW oder jemand von denen beim Tempelritter?

Seine Ermordung reicht ihnen nicht...

Schmutzkampagne gegen Ernst Thälmann

Teddy wurde, als sich die Niederlage der Nazis abzeichnete, ermordet. Ein lebender Thälmann wäre sowohl für sie als auch für den noch nicht zerschlagenen Kapitalismus in Deutschland eine zu große Gefahr gewesen. Diese Lehre hat die deutsche Bourgeoisie aus der Revolution 1918/19 gezogen - hier siegte sie vor allem, weil die Arbeiterklasse noch keine gefestigte Führung in Form einer kommunistischen Partei hatte und die Führer der gerade gegründeten KPD noch nicht so verankert waren wie Teddy später. Selbst vor einem seit vielen Jahren eingekerkerten Thälmann hatten die Nazis auch dank des heroischen Auftretens von Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß noch solche Angst, daß sie es nicht wagten, ihm den Prozeß zu machen, sondern ihn erst kurz vor ihrem "Abgang" ermordeten.

Doch auch ein toter Thälmann ist der deutschen Bourgeoisie offenbar noch gefährlich. Wie anders ist es sonst zu erklären, daß ihre Schreiberlinge und "Dokumentarfilmer" noch fast 60 Jahre nach seiner Ermordung in Büchern und Filmen Ernst Thälmann, mit Unflat übergießen, "wie er wirklich war"?

Ein Gymnasium in den "alten Bundesländern" hat seit Jahren einen Schüleraustausch mit einem Lyceum in Frankreich. Nachdem dessen Schülerinnen und Schüler nach ihrem Besuch in Deutschland zurückwaren, bedankte sich der sie betreuende französische Lehrer in ihrem Namen bei dem Gymnasium und den Gasteltern. In seinem Brief nannte er die seiner Meinung nach zwei bedeutendsten Deutschen des vergangenen Jahrhunderts: Thomas Mann und Ernst Thälmann. So etwas hatten die deutschen Schülerinnen und Schüler von ihren Lehrern nicht beigebracht bekommen...

zentrales spendenkonto: kontakt: www.rote-hilfe.de

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

Grußbotschaft der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen an den Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Tunesiens



Liebe Genoss/innen der Kommunistischen Arbeiterpartei Tunesiens, liebe Genoss/innen der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, der revolutionären Parteien der demokratischen und antiimperialistischen Parteien und Organisationen, die hier anwesend sind:

Durch euch, Genoss/innen der PCOT, grüßen wir die Arbeiterklasse, die Jugend, die Bauern und das gesamte tunesische Volk, die aufgestanden sind um den Diktator und seine Clique zu vertreiben, und damit die Revolution in eurem Land, im Maghreb und im Nahen Osten vorangetrieben haben.

Wir danken Euch dafür, dass ihr uns gestattet, auf der Tribüne eures zweiten Parteitages teilzunehmen, des ersten in der revolutionären Ära. Wenn ihr dieses Ereignis öffentlich begehen könnt, dann deshalb, weil ihr es geschafft habt, dem Kampf durch die beständigen Aktivitäten eurer Kämpfer/innen über Jahre, von den Jahren der ungeheuer blutdürstigen Diktatur bis zu den Monaten des Kampfes zum Sturz derselben euren Stempel aufzudrücken.

Wie ihr auf euren Transparenten, euren Plakaten, in eurer Zeitung und Flugblättern schreibt, ist es notwendig, diese Revolution vollständig durchzuführen, um die vielen politischen und sozialen Forderungen des Volkes zu erreichen. Ja, der revolutionäre Prozess muss zu Ende geführt werden, und das bestätigt völlig die historische Wahrheit: Es sind die Völker, die die Geschichte vorantreiben. Die Völker akzeptieren niemals die Unterwerfung unter die Diktatur; sie leisten Widerstand und erheben sich, wenn die Bedingungen dafür vorhanden sind. Sie sind bereit, alle dafür nötigen Opfer zu bringen, um sich selbst von Missbrauch, Herrschaft und Ausbeutung zu befreien.

Der revolutionäre Prozess in eurem Land hat die

Völker in der Region zum Aufstand angefeuert und inspiriert, um sich selbst von den wilden Diktaturen zu befreien, die sie unter der Kontrolle des Imperialismus halten. Nicht alle Aufstände und Bewegungen, die als "Frühling der arabischen Völker" bezeichnet werden, haben die gleiche Kraft gehabt und dieselben Ergebnisse erzielt, aber eines ist sicher: Die Herrschaft des Imperialismus in dieser Region wurde erschüttert; überall zittern die Diktaturen und haben Angst, dass die neuen Bewegungen rufen "Dégage" ("Verschwindet!").

Der Imperialismus wurde von dem Prozess in Tunesien überrascht, von wo er sich ausbreitete. Sogar die Regierungen der imperialistischen Länder überrumpelt, die den Ben Ali Klan am stärksten unterstützt haben. Der französische Imperialismus, der mit an erster Stelle stand, um seine Klauen in Tunesien hinein zustoßen, und viele der Politiker, die sehr enge Verbindungen zum dem Klan an der Macht hatten, waren nicht vorbereitet und unternahmen alles, um das Regime von Ben Ali zu retten. Das wird das tunesische Volk niemals vergessen!

Der Imperialismus wurde überrascht; noch mehr: er war nicht vorbereitet, seine Beute loszulassen, die Rohstoffe, das Öl, das Wasser aufzugeben, von denen die Staaten des Maghreb und des Nahen Osten im Überfluss haben. Er möchte die Kontrolle über diese strategisch wichtige Region behalten, seine militärische Präsenz aufrecht erhalten und verstärken, insbesondere um seinen Alliierten zu schützen, den zionistischen Staat Israel. Ein Alliiertes, das aufs Neue seinen ultra-reaktionären Charakter zeigt, seine Politik der Unterdrückung des palästinensischen Volkes, die Verweigerung seiner nationalen Rechte, der sogar eine schmutzige Blockade der palästinensischen Bevölkerung in

Gaza auferlegt. Und dieses Mal waren es die Länder der EU, insbesondere die griechische Regierung, die die Rolle des Helfers bei der Unterdrückungspolitik gegen die "Gaza Friedensflotte" spielt.

Die militärische Intervention der imperialistischen Koalition gegen Libyen ist Teil der Politik, die Kontrolle über



die Region aufrecht zu erhalten. Indem sie die Hoffnungen des libyschen Volkes ausnutzen, das das unterdrückerische Regime loswerden will, hat der Imperialismus einen Krieg in Gang gesetzt, der das Land zerstört, und um eine Regierung zu erzwingen, die völlig von ihm abhängig ist und ihm erlaubt, Kontrolle über den Reichtum dieses Nachbarlandes Tunesiens zu erlangen.

Liebe Genoss/innen und Freunde:

Wir haben gesagt, dass der Wind der Revolution in den arabischen Ländern weht. Heute haben die Völker dieser Region ihren Platz in der Bewegung des anti-imperialistischen Kampfes, für nationale und soziale Befreiung eingenommen, der die Länder Lateinamerikas zum Aufstand mitreißt, der die afrikanischen Völker aufweckt, der die Arbeiterklasse, die Volksmassen und die Jugend in den europäischen Ländern anstößt, aufzustehen und sich dagegen zu wehren, dass sie die Krise des imperialistischen Systems zahlen sollen.

Zum Schluss wollen wir noch einmal die PCOT grüßen, ihre Führung und alle ihre Mitglieder, die von euch hier vertreten werden, den Delegierten des Parteitag.

Eure Partei ist eine hartnäckige, tapfere Partei, ausgesprochen tapfer. Diese Partei hat beständig ihre politische Klarheit und ihre ideologische Festigkeit bewiesen, sogar in den brutalsten Zeiten der Diktatur und der Unterdrückung.

Die Genoss/innen haben uns schon seit längerem berichtet, dass sich ein Sturm zusammen braut, dass es früher oder später eine soziale Explosion geben würde und dass sich darauf vorbereiten würden.

Als marxistisch-leninistisch hat eure Partei immer ihr Vertrauen in euer Volk behalten; sie hat immer, selbst unter schwierigsten Bedingungen, gekämpft, um die Interessen der Arbeiter und die

demokratischen Rechte zu verteidigen. Sie hat immer für die Einheit der politischen und sozialen Kräfte gearbeitet, um das Ben Ali Regime zu bekämpfen und um der Arbeiterklasse, der Jugend, den Volksmassen eine Alternative aufzuzeigen.

In diesen Kämpfen wurde eure Führung gestählt, konnte sie eine reiche Erfahrung sammeln, die für

alle unsere marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen nützlich ist. Wir wissen, dass ohne eine klare und entschiedene Führung durch die kommunistische Partei ein revolutionärer Prozess nicht erfolgreich zu Ende geführt werden kann.

Genoss/innen, im Namen der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen, im Namen der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, die hier anwesend sind, sagen wir euch:

wir sind sicher, dass dieser Parteitag die richtigen Entscheidungen treffen wird, um den revolutionären Prozess in eurem Land voranzubringen, eure Partei voranzubringen und sie in den Massen zu verwurzeln.

Ihr könnt euch sicher sein, Genoss/innen, dass wir in diesem Kampf an eurer Seite stehen.

Lang lebe der Parteitag der PCOT!

Land lebe der proletarische Internationalismus!

Tunesien, 23. Juli 2011

Kommunistische Arbeiterpartei Dänemarks (APK)

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Kommunistische Partei Marxisten-Leninisten Ecuadors (PCMLE)

Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)

Partei der Arbeit Irans

Kommunistische Plattform Italiens

Demokratische Weg Marokko

Kommunistische Partei Spaniens/ Marxisten-Leninisten (PCE/ML)

Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei (TDKP)

Revolutionäre Kommunistische Partei Voltas (Burkina Faso)

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-CD** kostets **5 €**, jede **Doppel-CD** **8 €**, die DVD "Aus dem Alltag im sozialistischen Albanien" **3 €**, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**

Reden von Ernst Aust auf CD:

(Privatmitschnitte mit Klangmängeln)

* = neu im Angebot

1976: **Rede auf dem 3. Parteitag der KPD/ML**

1979: **"Sozialismus in der Krise?"**

1979: **Von Stalin lernen heißt siegen lernen (Doppel-CD)**

1980: **Zum Antikriegstag ***

1981: **Deutschland darf kein Schlachtfeld werden (Friedensplan der KPD/ML, Doppel-CD) ***

1982: **Das wahre Gesicht des realen Sozialismus ***

1982: **Gegen Sozialabbau und Rüstungswahn (zum 1. Mai) ***

1982: **15 Jahre Roter Morgen**

Preis: **5 €**, Doppel-CD **8 €**/ alle **8 Reden für 25 €**

Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:

* **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Sozialistische Albanische Hefte 1/2004, 2/2006, 3/2009

Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

Aktuell: Zionismus - Todfeind der Völker

Aktuell: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution

Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

H. Polifka, Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

Bankverbindung: **Commerzbank Marl, K-Nr.: 613145200**

BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin (Broschüre, 3 €)

Neu: 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: **4 €** incl. Porto

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus wiedergegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es der Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften. Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neosozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten, die Partei zum großen Teil zu liquidieren. Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, dass in dieser kritischen Phase Genosse Ernst

Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft, ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient. Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

Sparen wir uns dieses System!

Haben wir als die Werktätigen nicht schon bewiesen, dass wir ganz gut ohne die Kapitalisten leben können? Die Kapitalisten können aber nicht ohne uns leben. Die Zukunft der Werktätigen braucht die Kommunistische Partei, braucht die besten Köpfe und zupackende Hände. Wir sind heute noch viel zu klein für die Aufgaben, die der Klampf uns stellt. Doch da hilft es nichts, zu sagen:

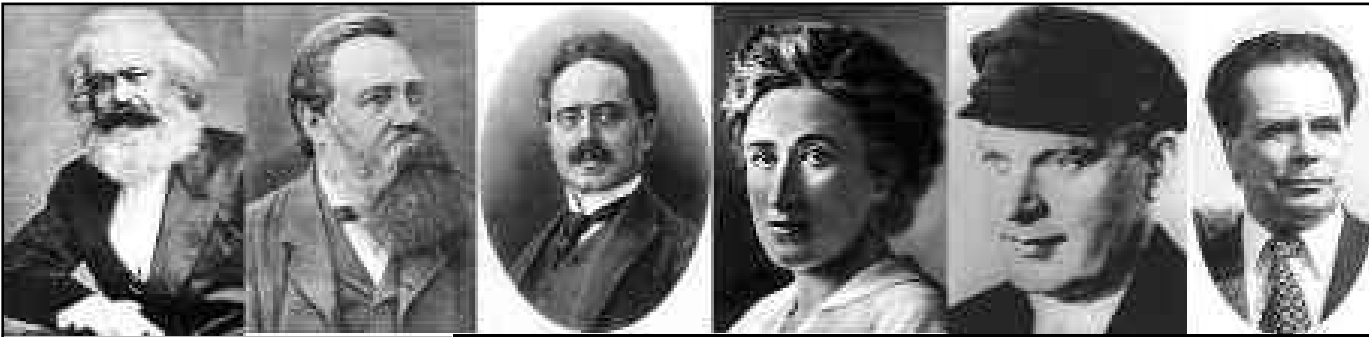
“Man müsste eine kommunistische Partei haben!”

DU MUSST SIE WIEDER HABEN! Du musst helfen, sie aufzubauen.

Erkundige dich nach dem Kommunismus!

Nimm Kontakt zu uns auf! Verlange Informationen! Willst du ein Gespräch? Frag nach!

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)



Einladung zum Seminar
zu Fragen des
Parteiaufbaus

Grundlagen einer Kommunistischen Partei und wie können wir diese schaffen?

Termin:
30.9 - 2.10 2011

Anreise:
30.9.11 ab 19 Uhr
Das Seminar findet im Raum
Gelsenkirchen statt.

Kosten:
2 Übernachtungen inkl. Essen
65 Euro
1 Übernachtung inkl. Essen 45
Euro
Nur Teilnahme und Essen 25
Euro

Ablauf:
Freitag: Anreise, Kennenlernen
Samstag: 9-12 h Impulsreferat
und Diskussion
14-18 h Disk. der Einzelthemen
Sonntag: 9-12 Zusammenfas-
sende Diskussion, Auswertung

Nachdem wir uns in zwei Seminaren zu Fragen des Parteaufbaus mit unseren bisherigen positiven wie negativen Erfahrungen sowie mit der Rolle der Kommunistischen Partei in Massenbewegungen besonders in Betrieb und Gewerkschaft auseinandergesetzt haben, wollen wir uns dieses Mal mit den Grundlagen für eine Kommunistische Partei; ihrer Programmatik, ihrer Verbindung zu den Massen, ihrem Aufbau und ihrer Arbeitsweise beschäftigen.

Im folgenden Seminar wollen wir uns mit dem Revisionismus, seinem Einfluß in der Arbeiterbewegung und dem Kampf gegen ihn beschäftigen. Für Themenvorschläge sind wir jederzeit offen.

Ziel der Seminare ist es, den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei in unserem Land und die Einheit der Marxisten-Leninisten voran zu treiben. Die Seminare sollen dazu Anstöße geben.

Alle marxistischen-leninistischen Kräfte sind eingeladen, sich aktiv an den Seminaren zu beteiligen, ihre eigenen Vorstellungen einzubringen und eine solidarische Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Kräften und Organisationen in Gang zu setzen. Die Diskussion ist frei.

Anmeldung erforderlich: info@arbeit-zukunft.de

Aufruf zur Gründung eines Vereins zum Erhalt und Verbreitung des Erbes des Genossen Ernst Aust

Vor mehr als 43 Jahren wurde nach jahrelanger Vorarbeit durch den Genossen Ernst Aust und andere die KPD/ML, später KPD gegründet. Als Ernst Aust 1985 starb, wurde zugleich ein großer Teil der Partei durch das Wirken von Trotzlisten zerstört. Der mutige Versuch, die Partei weiterzuführen, scheiterte, sodass heute die marxistisch-leninistischen Kräfte in unserem Land zersplittert sind. Das geistige Erbe des Genossen Ernst Aust, sein Kampf gegen den Revisionismus, für eine starke marxistisch-leninistische Partei droht verloren zu gehen.

Selbst sein Grab stand vor der Zerstörung und konnte in letzter Minute erhalten werden.

Um das Erbe von Genossen Ernst Aust zu erhalten, weiter zu verbreiten und für die heutige marxistisch-leninistische Bewegung sowie für die Arbeiterbewegung nutzbar zu machen, wollen verschiedene Einzelpersonen, fortschrittliche und marxistisch-leninistische Organisationen am 1.10. 2011 im Raum Gelsenkirchen einen Verein gründen, der dieses Erbe pflegen und verbreiten soll.

Kontakt: info@arbeit-zukunft.de